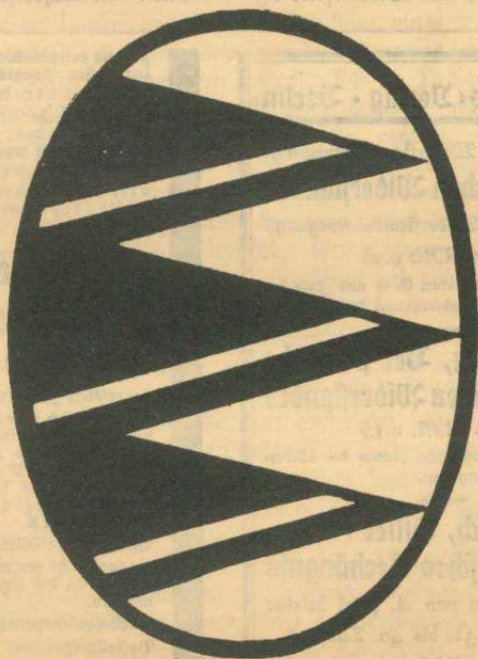


1 *P. 101*

Wider stand



7. JHRG. * BERLIN * AUGUST 1932 * PREIS 60 Pf.

Widerstand * Zeitschrift für nationalrevolutionäre Politik

herausgegeben von Ernst Niekisch und A. Paul Weber

Er erscheint monatlich einmal
zu Anfang eines jeden Monats zum Preise von
vierteljährlich RM. 1.50 * Einzelheft 60 Pf.
und kann bestellt werden bei jeder Postanstalt

bei den Buchhandlungen oder unmittelbar beim Widerstands-Verlag,
Berlin SW 11, Hallesches Ufer 16, Fernruf Bergmann 8096

Beschwerden über Zustellung sind bei den zuständigen Postämtern anzubringen.
Aufsätze und Anfragen werden erbeten an die Schriftleitung Ernst
Niekisch, Berlin SW 11, Hallesches Ufer 16. — Freimarke bitte beizufügen

Einzahlungen auf das Postcheckkonto Widerstands-Verlag, Anna Niekisch, Berlin
Nr. 59036 — Für Österreich: Postsparkasse Wien, C 98501 — Für die Tschecho-
slowakei: Kreditanstalt der Deutschen in Prag, Postcheckkonto Prag Nr. 62730

Anzeigenpreis: Eine ganze Seite 80.— RM., eine halbe Seite
45.— RM., eine Viertelseite 25.— RM., eine Achelseite 15.— RM.

Widerstands-Verlag · Berlin

Schriften zur Widerstandsbeziehung:

Politik deutschen Widerstandes

Was will die Widerstandsbeziehung?

Preis RM. 0.25

In dieser Schrift werden Geist und Ziele der
deutschen Widerstandsbeziehung dargestellt.

Ernst Niekisch, Der politische Raum deutschen Widerstandes

Preis RM. 0.15

Hier wird der soziologische Raum der Wider-
standsbeziehung umgrenzt.

Ernst Niekisch, Hitler — ein deutsches Verhängnis

mit Abbildungen von A. Paul Weber

5. Auflage. 31. bis 40. Tausend

Preis RM. 0.80

„Ohne revolutionäre Theorie keine revo-
lutionäre Praxis!“

sagt schon Lenin. Das gilt auch für uns.

Jeder deutsche Revolutionär muß Bescheid
wissen über das, was im politischen
Schrifttum unserer Tage vor sich geht.

Unmöglich aber ist es, daß jeder einzelne
alle politischen Zeitschriften regel-
mäßig selbst verfolgt.

Da füllt die

„Politische Zeitschriftenschau“

Herausgeber: Karl O. Paetel

im dritten Jahr erscheinend, die Lücke aus.

Monatlich berichtet sie über das ganze
politische Schrifttum von rechts bis links,
gibt Auszüge aus wichtigsten Aufsätzen
und enthält als Beilage die wichtigsten
Blätter aus dem Berichtsmontat,
die im Besitz des Empfängers
verbleiben.

Ausgabe A: RM. 2.— monatlich

Ausgabe B: (m. mehr Zeitschr.) RM. 3.—
monatlich, die per Nachnahme eingezogen
werden.

Probefsendungen für RM. 1.—

Bestellungen an

Verlag „Sozialistische Nation“

Berlin-Charlottenburg, Oldersstraße 12

Widerstand

* 8. Heft * 1932 *

Souvenir de Lausanne

Von Josef Drexel

„Ich halte fest an unserer Freundschaft! Wir sehen uns wieder!“

Herriot zu v. Papen.
(Baseler Nachrichten, Juli 1932.)

„Solange ein Franzose einem deutschen Staatsmanne freundschaftlich die Hand schüttelt, ist diese Hand tödlich für Deutschland.“

(Wölk. Beobachter, 8. März 1929.)

1.

Der Reichskanzler v. Papen und sein Stab fuhren unter Vorbedingungen nach Lausanne, wie sie günstiger keine deutsche Delegation vor ihnen gehabt hatte. Im Gegensatz zu ihren Vorgängern brauchte sich die Delegation nicht auf völlig unvorbereitetem Terrain zu bewegen. Brüning hatte ihr nicht schlecht vorgegearbeitet, wenn er auch wenig Anerkennung dabei erntete. Immerhin sein „unmöglich“ war ausgesprochen und damit die Linie vorgezeichnet, in der v. Papen zu marschieren hatte; es sei denn, man habe von ihm eine grundsätzliche Neuorientierung der deutschen Außenpolitik erwartet. Aber da war wohl niemand, auch unter denen nicht, die übertriebene Erwartungen auf ihn setzten, der ihn nach seiner ganzen Vergangenheit dazu willens und fähig erachtet hätte.

Auf die Heimat konnte er sich verlassen wie kein Außenminister vor ihm. Die Beanstandungen und Aussetzungen, die vom ersten Tage an von der Linken und vom Zentrum an der Regierung gemacht wurden, hatten ausschließlich innerpolitische Richtung und wogen außenpolitisch nicht schwer. Schließlich knüpfte er ja in Lausanne nur dort an, wo Brüning aufgehört hatte, etwas anderes war ihm nie in den Sinn gekommen. Die Rechte aber, bisher zu jeder Delegation in mehr oder weniger unversöhnlicher Opposition, war bereit, ihm eine gewaltige Chance zu geben und begleitete ihn, je nach ihrer nationalistischen Graduierung wohlwollend, anerkennend, lobend, begeistert.

Es war vorauszusehen, daß es bei der Linie Brüning bliebe, die ihrerseits wieder eine verlängerte Linie Stresemann war: die bewährte Linie der Erfüllungspolitik, nur jeweils abgewandelt durch den Grad der Erfüllungsbereitschaft und durch die Art ihrer Begründung. In 12jähriger, mühevoller Arbeit ist dieser Weg von den Pionieren des europäischen Gemeinschaftsbewußtseins angelegt

worden. Männer aller Parteien haben an ihm gearbeitet und es besteht kein Zweifel, daß auch die Rechte ihn gehen wird, sobald er ihr freigegeben wird, worauf sie seit langem mit brennender Ungeduld wartet. Hat man früher aus moralischer Verpflichtung erfüllt, später aus wirtschaftlicher Notwendigkeit, so vielleicht in den kommenden Jahren aus politischer Zweckmäßigkeit. Aber wie auch die Begründung lauten möge, erfüllt ist erfüllt.

So nahm denn auch die Konferenz den programmäßigen Verlauf, den man von ihr erwarten mußte, wenn man nur einigermaßen mit den Spielregeln vertraut war. Die Regie war die gleiche wie bisher, die Rollen waren gleich schwach, teilweise sogar noch schlechter besetzt als bisher. Lediglich die Dekoration hatte sich in einigen Teilen gewandelt. Alles andere blieb. Man sah: das alte Stück in neuer, sehr mangelhafter Einstudierung.

2.

Von den kleineren Singspieleinlagen abgesehen konnte man etwa drei Akte unterscheiden. Im ersten Akte taten die Staatsmänner ihr Bestes um als echte Helden zu erscheinen. Es fehlte nicht an einem sehr hochgestimmten Prolog, der allein schon die nicht verwöhnten Zuhörer zu Begeisterung hinriß, als man den weltbewegenden Beschluß faßte, das Reparationsmoraforum für die Dauer der Konferenz auf unbestimmte Zeit zu verlängern. Die einzelnen Auftritte folgten dann wie am Schnürchen und es entstand so etwas wie eine dramatische Exposition, die der bürgerlichen Presse willkommenen Anlaß gab, jenen Lärm um Nichts zu machen, von dem sie zu leben pflegt. Am Ende des ersten Aktes hatten sich die Spieler so ineinander verbissen, daß man sich entschließen mußte, den Vorhang früher als vorgesehen fallen zu lassen und eine Pause einzulegen. Niemand wußte, wie es weitergehen sollte. Die einen beruhigten sich damit, daß die Konferenz niemals auseinanderzugehen wage, ohne eine Endlösung gefunden zu haben und wenn sie in Permanenz erklärt werden müßte. Andere wieder sahen sie schon ergebnislos vertagt.

Und während die aufgewühlte Öffentlichkeit in den Foyers Vermutungen nachhing, Kombinationen gebar, nutzten Herriot und v. Papen die Pause, um nach Paris bzw. nach Berlin zu fahren, um sich von ihren Regisseuren neue Instruktionen zu holen.

Herrn v. Papen dämmerte wohl das Tragische seiner Rolle. Der Heroismus, den er sich vorgenommen, war auf der vorgeschriebenen Linie nicht durchzuhalten. Das wäre wider seine Natur gegangen. Das schlimmste aber war, daß, wie die „Moskauer Rundschau“ schrieb, tatsächlich „der Führer der zur Verständigung mit Frankreich willigsten Delegation, praktisch Frankreich am wenigstens zu bieten hatte“. Dieser Mangel sollte sich im Verlauf der weiteren Verhandlungen mehrmals höchst unangenehm bemerkbar machen. Er war letzten Endes die Ursache des verhängnisvollen deutschen Angebotes. Mochten die Vorbedingungen, unter denen man nach Lausanne gefahren war, noch so günstige gewesen sein, jetzt beneidete Papen jeden seiner Vorgänger. Und mit Recht; auf der eingeschlagenen Linie war die Position der deutschen Delegation tatsächlich hoffnungslos. Wenn schon nichts anderes beabsichtigt war, als den freigewordenen Stuhl eines entlassenen Orchestermitglieds in der europäischen Philharmonie

einzunehmen, so blieb auch nichts anderes übrig, als das Instrument des Vorgängers zu ergreifen und jene in 12jähriger Übung wohl instrumentierte Melodie zu spielen, die eines Tages in die paneuropäische Nationalhymne ausklingen wird. Und die nationale Opposition in der Heimat? Sie hatte ja selbst keine eigenen Einfälle und schickte sich an, willig die Begleitung zu liefern zu jener Melodie, die schon zu Strefemanns Zeiten als Gassenhauer auf allen internationalen Boulevards gesungen wurde: dem Song von der abendländischen Solidarität.

3.

Als das Klingelzeichen zum zweiten Akt ertönte, war die Spannung ungeheuer. Jetzt mußte es sich erweisen, wie es um das deutsche „Unmöglich“ bestellt war. Jetzt kam alles darauf an, ob Herr v. Papen der Mann war, die Verantwortung für ein eventuelles Scheitern der Konferenz unbelasteten Gewissens auf sich zu nehmen. Es fehlte nicht an Aufmunterungen in dieser Richtung. In schwerer psychologischer Verkennung der Tatsachen schrieb z. B. ein rheinisches Blatt: zwar würde Herr v. Papen gewiß nicht „das Wort vom Götz von Berlichingen aussprechen“, aber sicher würde ihn nichts daran hindern, „das Futter seiner Tasche nach außen zu kehren und mit achselzuckender Freundlichkeit abzureisen, wenn die Franzosen keine Vernunft annehmen“. Und das gleiche Blatt meinte weiter: „eine deutsche Regierung, die ihre Unterschrift unter neue Reparationsverpflichtungen irgendwelcher Art, und wären es auch nur Zukunftswechsel, setzen wollte, würde nach ihrer Rückkehr in die Heimat gesteinigt werden.“ So dramatisch sahen die Journalisten die Dinge. Aber angesichts der verhaltenen Zustimmung, die die Fortsetzung des Brüningkurses bei der Linken und beim Zentrum finden mußte und der offenen Aklamation, die diese Haltung vorläufig noch von der Rechten erhielt, erhebt sich die Frage: Wer hätte wen steinigen sollen?

Aber so weit würde es nie kommen, das war vorauszusehen. Vorauszusehen war aber auch, daß Herr v. Papen die Verantwortung für das Scheitern der Konferenz unter keinen Umständen auf sich nehmen würde. Kein christlicher Staatsmann ist in der Lage, sein Gewissen mit einem solchen Affront gegen die abendländische Solidarität zu belasten. Es sei denn Bismarck würde wieder auferstehen, was indes kaum zu erwarten ist.

So konnte man denn auch feststellen, daß der Kanzler, von dessen „chevaleresken Formen man in Lausanne entzückt war“ und der, „Aristokrat vom Scheitel bis zur Sohle, es immer wieder verstand, seine Verhandlungsgegner durch Liebenswürdigkeit zu entwaffnen und die Erörterung in Fluß zu halten“, sich mit unerwarteter Verbindlichkeit ins Zeug legte.

Er nahm den Faden an genau derselben Stelle auf, wo er ihn, fast unbemerkt, aber mit betont zärtlicher Geste vor seiner Abreise niedergelegt hatte, als er in seiner Lausanner Rundfunkrede deutlich zu verstehen gab, daß er mit seinen übrigen europäischen Ministerkollegen zur Rettung des Abendlandes angetreten sei.

Das Unglück einer mehr als schlechten Regie wollte es, daß die deutsche Öffentlichkeit ausgerechnet durch den „Matin“ die erste Kunde von der Aufgabe der deutschen Position erfuhr. Das genannte Blatt veröffentlichte ein Interview, in welchem sich unter anderem folgende Sätze finden: „Ich bin glücklich über diesen Tag,

den ich mit einer gewissen Ungeduld erwartete und der mir Gelegenheit zu einer offenen und direkten Aussprache mit dem französischen Regierungschef und der französischen Delegation geben sollte. Ich kann Ihnen nur wiederholen, was ich schon Herrn Herriot sagte: ich bin der erste, der anerkennt, daß Frankreich bei der sog. Reparationsliquidierung ein Unrecht auf eine Kompensation hat. Wenn ich diese Kompensation in materieller Form anbieten könnte, würde ich es gerne tun. Da mir dies aber unmöglich ist, verlange ich, daß wir uns auf einem anderen Gebiete zusammenfinden, nämlich auf dem wirtschaftlichen, und zwar im Rahmen einer wirtschaftlichen Reorganisation Mitteleuropas."

Mit dieser Erklärung war die Grundlinie des ersten Aktes verlassen, das Reparationsthema aufgegeben. Im übrigen irrt der Kanzler. Er war nicht der erste, der Frankreichs Unrecht auf Kompensationen anerkannte. Das haben vor ihm alle anderen auch getan und Stresemann darf stolz auf seinen Nachfahren sein. Schlimmer ist, daß er leider auch nicht der letzte sein wird, der diese Rechte anerkennt. Denn so sicher wie wer A sagt auch B sagen muß, so sicher wird jeder, der auf der Grundlage abendländischer Verbundenheit deutsche Außenpolitik zu machen sich anschickt, auch Frankreichs Diener sein müssen. Gewiß, es mag auch unwillige Diener geben, aber Diener bleibt immer Diener.

"Ich füge hinzu", heißt es in diesem Interview weiterhin, „daß ich, was meine Vorgänger nicht behaupten konnten, alle nationalen Kräfte Deutschlands repräsentiere. Frankreich hat also in meiner Person beim Abschluß eines deutsch-französischen Abkommens die Sicherheit, daß ganz Deutschland unterschreibt, was ich unterschreibe. Bisher hat Frankreich bei den gegenseitigen Annäherungsversuchen nur die Linkeregierung vor sich gehabt. Wäre es ihm heute nicht von Interesse, mit der Rechten zu tun zu haben?"

Eine überflüssige Frage! Freilich ist es für Frankreich von Interesse, jetzt mit der Rechten zu einem halbwegs erträglichen Abkommen zu gelangen. Wir haben dies beinahe wörtlich früher schon etwa so formuliert: die erfüllungsbereite Linke hat Frankreich ohnedies für sich, ihre Exponenten haben sich sämtlich als gute Europäer und ebenso schlechte Deutsche erwiesen. Wenn es jetzt gelingt, sei es in welcher Form auch immer, auch die Rechte zur Anerkennung der französischen Ansprüche zu bewegen, dann ist alles gewonnen. Der oberste französische Anspruch aber, mehr wert als alle Reparationsabkommen, die mit fortschreitender Wirtschaftskrise ohnedies an realer Bedeutung verlieren, ist die Unantastbarkeit der französischen Vormachtstellung in Europa, das Fortbestehen ihrer Garantie, der Versailler Ordnung. Die Anerkennung dieses Anspruches ist eine Messe wohl wert. Der Fortgang der Konferenz mußte ja schließlich erweisen, ob diese These richtig ist.

Möglich ist nur eines nicht: daß Frankreich sich für gewisse Trinkgelder Zugeständnisse politischer Art abkaufen läßt. Das anzunehmen offenbart eine geradezu kindliche Verkennung der Psyche einer vom Machttausch besessenen Nation, bekundet eine Ahnungslosigkeit gegenüber dem Wesensinhalt des Politischen schlechthin. Frankreich ist nicht gleichzusetzen mit einem jener aus dem letzten Loche pfeifenden Balkanstaaten, deren Käuflichkeit schon vor dem Kriege sprichwörtlich war. Diese Täuschung über das wahre Kräfteverhältnis ist eine der Ursachen für die verhängnisvolle Europapolitik Deutschlands nach dem Kriege. Man will nicht sehen was ist und findet es bequemer, die demokratische Fiktion

von der Gleichheit aller auch auf das außenpolitische Gebiet zu übertragen. Das ist ein folgenschwerer Irrtum und führt notwendig zu der Annahme, daß es möglich sein muß, politische Machtfragen, auf der Basis der kommerziellen Gepflogenheiten eines mittleren Handelshauses, mit der üblichen Kuhhandels- erfahrung zu lösen. Gleich wie immer ein deutsches Zahlungsangebot lauten mochte, es war selbstverständlich, daß Frankreich mit beiden Händen zugriff, ohne auch nur den Gedanken an eine Gegenleistung. Denn wenn auch Frankreich, bis an den Gaumen mit Gold gesättigt einer solchen für seine Verhältnisse recht bescheidenen Abschlagszahlung nicht bedarf, so war doch kein Zweifel, daß es von der gemachten Zusage Gebrauch machen würde. Aber die deutsche Zahlungs-fähigkeit ist Frankreich wahrscheinlich besser informiert als selbst maß- gebende Regierungskreise in Deutschland. Wenn Deutschland auf die wieder- holten Fragen Frankreichs: „Was könnt Ihr bieten?“ aus sich heraus einen Zahlungsvorschlag machte, so konnte niemand es daran hindern, auch nicht der englische Schatzkanzler, der bedauerte, daß Deutschland von sich aus auf das System der starren Zahlung zurückkomme. Wurde noch das Zahlungsangebot mit entsprechenden handelspolitischen Perspektiven verbrämt, etwa in Form eines Beitrages zu einen „Fonds commun“, so bekam das Ganze vielleicht ein er- trágliches Gesicht. Jedenfalls blieb Frankreich seinem Grundsatz treu, von den Lebenden zu nehmen, was es von den Toten bestimmt nicht mehr erhalten kann.

Das Zahlungsangebot des Kanzlers fand in der heimatischen Presse eine nahezu einheitliche Mißbilligung. Die innerpolitischen Gegner, die „Germania“ und der „Vorwärts“ vorneweg, bekamen eine beinahe nationalistische Haltung und verurteilten diesen Akt der Erfüllungsbereitschaft mit einem geradezu ver- dächtigen Eifer. Als wäre es nicht gerade ihr Hausgeist, der hier aus Papen sprach. Als wäre nicht auch die Frage eines Restzahlungsangebots gerade auf ihrem Mist gewachsen und schon zu Brünnings Zeiten diskutiert worden. Die Rechte ihrerseits wand sich in großen Verlegenheiten. Es war schrecklich an- zusehen, wie sie sich bemühte, in Opposition zu kommen und doch die Delegation, ihre Delegation, nicht fallen zu lassen. Sie weigerte sich, das Kuckucksei aus- zubrüten, fand aber nicht den Mut, es aus dem Nest zu werfen. Wenn nicht die Wahlen vor der Türe gestanden hätten, war es gar nicht ausgemacht, ob sie nicht die von der Linken abgelegten Argumente der Erfüllungsbereitschaft sich zu eigen gemacht hätte. Jrgendeine einleuchtende Begründung hätte sich schon finden lassen und wenn sie Rechberg hätte liefern müssen. Damit wären die Nationalisten wider Willen auf dem Niveau des so verachteten Jungdeutschen Ordens gelandet. Aber es ist noch Zeit. Was nicht ist, kann noch werden.

Der Sturm der Entrüstung veranlaßte Herrn v. Papen, durch das W. L. B. eine berichtigende Erklärung zu dem vom „Matin“ veröffentlichten Interview ab- zugeben. Es war leider nicht geeignet, die Besorgnisse zu beschwichtigen. Er sagte, sein Interview sei in „mißverständlicher Form“ wiedergegeben. Man weiß, was man von Berichtigungen zu halten hat, aber in diesem Falle hätte man doch gewünscht, der Kanzler wäre in der Lage gewesen, sich weniger mißverständlicher dahin zu äußern, das Ganze sei erstunken und erlogen. Leider konnte er das nicht und so blieb es dabei, daß, von einigen Nuancen vielleicht abgesehen, dem Sinne nach das Ganze doch seine Richtigkeit hatte. Auch in seiner Berichtigung ließ

der Kanzler keinen Zweifel darüber, daß er der Überzeugung sei, daß „die Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft ein Zusammenarbeiten Deutschlands und Frankreichs fordere“. Aber zu dieser Feststellung hätte es wirklich keines „Kabinetts der nationalen Konzentration“ bedurft. Das sind alte und abgegriffene Ladenhüter aus dem Lager der Reichberg'schen Firma, die diese lange Jahre nicht an den Mann gebracht hat und die offenbar erst jetzt voll und ganz in Mode kommen.

Herr v. Papen hatte sich in eine Sackgasse manöviert. Das deutsche Angebot, das sich aus der Anerkennung einer Kompensation für Frankreich ergab, verlangte dringend einer Ausdeutung, die es schmachhafter machte. Indem die Wahrheit von der deutschen Zahlungsunfähigkeit erschüttert war, war ein Schritt von ungeheurer Tragweite getan. Es gab kein Zurück mehr. Wenn das Angebot überhaupt einen Sinn haben sollte, so mußte versucht werden, damit politische Forderungen auf dem Tauschwege durchzusetzen. So dachte v. Papen.

Der Kanzler hatte in seinem Köcher eine Reihe solcher Forderungen. Sie wurden von ihm zusammengefaßt unter dem schönen Begriff der „Diskriminierung“. Der Kanzler erhob den Anspruch, daß es hinkünftig nicht mehr erlaubt sei, uns für Schweinehunde zu halten. Tatsache ist, daß man, auch wenn man es schwarz auf weiß mit nach Hause brächte, niemanden daran hindern kann, uns, wenn es ihm beliebt, einen üblen Leumund anzuhängen. Diese Angst vor der Kriminierung, um beim Wort zu bleiben, entspringt letzten Endes dem Wunsche innerhalb der abendländischen Gemeinschaft wieder für voll genommen zu werden. Ein begreiflicher Wunsch, wenn man an die Mentalität des bürgerlichen Patriotismus denkt. Über diesem Wunsche steht als Motto „Rückzug in die Vergangenheit“.

Zu der vom Kanzler erstrebten Diskriminierung gehören die Wiederherstellung der deutschen Ehre, die Abschaffung der Kriegsschuldfrage, die Wiederherstellung unserer Wehrhoheit.

Man könnte, im Gegensatz zur Auffassung der deutschen Delegation auch der Meinung sein, daß es sich bei diesen Forderungen um Dinge drehe, die nicht ausgehandelt werden können wie billige Ware, sondern daß es sich um Rechte handle, die nicht nur angemeldet, sondern einfach gehandhabt werden müssen. Was die Wehrhoheit betrifft, so ist es eine Geschmacksfrage, ob man sich dieselbe offiziell erlauben lassen will. Ja, es ist eine Frage von grundlegender Bedeutung, ob eine vom Gegner erbettelte und in das Belieben seiner Genehmigung gestellte Wehrhoheit überhaupt diesen Namen verdient, ob es vielmehr nicht angemessener wäre, sie mit allen Mitteln, erlaubten und unerlaubten, offen oder heimlich und sei es in der zeitweiligen Emigration, sich selbst zu holen, auf Wegen etwa, wie sie von der Widerstandsbewegung seit Jahren empfohlen werden.

Und was unsere Ehre angeht, so kann sie noch weniger zum Handelsobjekt degradiert werden. Wir haben sie oder wir haben sie nicht. Das steht bei uns, niemand ist imstande, sie uns zu geben. Es sei denn, man stünde auf dem Standpunkte, daß die Wiedergewinnung unserer Ehre unbedingt die Zulassung zur abendländischen Gemeinschaft zur Voraussetzung habe.

Eine solche Haltung freilich würde bedeuten, daß Deutschland auch das Recht der Revolution mit allen Konsequenzen für sich in Anspruch zu nehmen berechtigt wäre, es sich geradezu zur Ehre anrechnete, aus der Gemeinschaft der europäischen

Strauchdiebe und Profitgeier ausgeschlossen zu sein und statt in williger Dienerei vor Europa sich in bewußten Aufruhr gegen Europa versetzte. Allein davon sind wir weiter entfernt als je.

Es kam, wie es kommen mußte. Als Herr v. Papen sich auf seine politischen Forderungen besann und sie einzeln aus dem Köcher nahm, um sie aufzulegen, da entwickelten sie die Eigenschaften eines Bumerang. So oft auch geworfen, sie kehrten beharrlich zu ihm zurück und es ist nicht verwunderlich, daß er sie ebenso wohl assortiert wieder mit nach Hause brachte, wie er sie mitgenommen.

Und wenn Herr v. Papen in seiner Schlußansprache am Lausanner Rundfunk es als einen großen politischen Erfolg bezeichnete, „diese, Deutschlands Ehre betreffenden Fragen vor dem Weltforum aufgeworfen zu haben“, so überschätzt er die Wirkung seiner Diskriminierungsbemühungen ganz gewaltig. Angemeldet waren diese Ansprüche längst, leider immer in einer Form, die ohne Wirkung blieb, so daß Gefahr besteht, daß die Weltmeinung dieser Propaganda bald ähnlich gegenübersteht wie manche Völker den jüdischen Verfolgungsbeteuerungen. Man läßt sie deklamieren und schert sich nicht darum. Was Herr v. Papen verschob, war gänzlich ungefährlich. Solange es so bleibt, wird niemand uns stören, unsere Ansprüche vor dem Weltforum aufzuwerfen. Es entstehen keinerlei Beunruhigungen dadurch.

4.

Man kann wohl sagen, der letzte Akt in Lausanne war der schlechteste von allen. War der erste unwirklich, der zweite enttäuschend, so fiel der letzte vollends ab. Über seine Nichtigkeit konnte nicht hinwegtäuschen, daß er mit vollem Einsatz von Pauken und Trompeten zu Ende ging.

Es gehört zu den bewährtesten Vereinspraktiken, unliebsame Punkte der Tagesordnung an den Schluß zu stellen. Die allgemeine Müdigkeit und Aufbruchsbereitschaft läßt die Diskussion erlahmen. Der Kampfgeist verraucht. Und alte Gegner sind sich in dem Bemühen einig, endlich zu einem Abschluß zu kommen, sei er wie er sei, entweder in der Form einer Vertagung oder der Verweisung an einen Ausschuß oder durch Fassen einer nichtsagenden Resolution.

Als es sich herausstellte, daß die französische Delegation hartnäckig bliebe und nach dem bewährten Clausewitschen Grundsatz handelte, daß der Widerstand eine Tätigkeit ist, durch die so viele von des Feindes Kräften zerstört werden, daß er seine Absicht aufgeben muß, blies die deutsche Delegation zum Rückzug. Zermürbt von ermüdenden Verhandlungen, unsicher gemacht durch das Gespenst völliger Isolation, immer den Schatten eines möglichen Scheiterns der Konferenz mit allen Konsequenzen im Rücken kam es letztlich nur noch darauf an, den Rückzug nicht in eine völlige Niederlage ausarten zu lassen. Ohne die Großmut des Gegners ein unmögliches Unterfangen. Und da zeigte es sich, daß das einzige Aktivum, das Herr v. Papen noch besaß, die Beschwörung der abendländischen Solidarität, doch noch seinen Zweck erfüllte. Es enthielt so viele Möglichkeiten künftig erstrebenswerter Kooperation, daß es sich für Frankreich nicht gelohnt hätte, auf finanziellem Gebiete unverföhnlich zu bleiben, wenn ihm seine politischen Rechte ausdrücklich attestiert wurden. In dem Augenblick, als die Delegation den Entschluß fassen mußte, ihrer politischen Forderungen keine Erwähnung mehr zu tun, war die Einigung soviel wie sicher.

Mit jener Großmut, die wir an Frankreich kennen, verzichtete es auf weitere Reparationen und begnügte sich mit einer Abschlagszahlung, die, um ein besseres Gesicht zu haben, hinkünftig nicht mehr als Reparationsleistung gilt, sondern als Beitrag Deutschlands in jenen „Fonds commun“, jene Kasse für notleidende Völker, die Frankreich, dessen karitative Betätigung in Europa es dafür besonders geeignet macht, verwalten würde. Bezüglich der Höhe überbot sich Frankreich geradezu an Großmut, indem es von seiner ursprünglichen Forderung von acht Milliarden auf drei Milliarden herabging. In dieser Großmut lag auch eine Anerkennung der schwierigen Situation der deutschen Delegation. Bei aller Unpersönlichkeit erschien es angesichts der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland und der künftigen Absichten nicht ratsam, sie mit völlig leeren Händen nach Hause zu schicken. Das Entgegenkommen, das man v. Papen gewährte, sollte die Möglichkeit offen lassen, dereinst die ganze deutsche Rechte auf diesen Flügelmann auszurichten.

5.

Am 8. Juli 1932 wurde das Lausanner Abkommen von den Delegationsvertretern unterzeichnet. In der Schlussapothese kam es zu bemerkenswerten Sympathiekundgebungen. Vor allem Herriot zeigte sich auf der Höhe der Kunst. Er bekam gerade eine französische und eine deutsche Journalistin beim Wickel, umarmte und küßte sie der Reihe nach, indem er ausrief: „So will ich Deutschland und Frankreich miteinander vereinigen“. Ein klares Programm, um das ein deutscher Außenminister ihn beneiden könnte. An sich verdient diese Nebensächlichkeiten keine Erwähnung. Aber die Einführung von Umarmungen in die diplomatischen Gepflogenheiten weckt Erinnerungen an jene Monarchenbesuche, bei denen es nie ohne brüderliche Küsse abging, die um so herzlicher wurden, je mehr man sich der allgemeinen Katastrophe näherte. Hier eröffnen sich also erfreuliche Perspektiven.

Sogleich nach der Unterzeichnung eilte der Kanzler zum Rundfunk und forderte mit bewegter aber fester Stimme, ganz durchdrungen von dem Erfolg, der ihm beschieden, seine Landsleute auf, selbst ihr Urteil zu fällen über das, was die Delegation wollte und was sie erreichte.

„Es besteht kein Anlaß“, schrieb ein bürgerliches Blatt an den Anfang seiner Kritik des Lausanner Ergebnisses, „den Erfolg der deutschen Delegation zu verkleinern.“ Nein dazu besteht kein Anlaß. Er ist schon klein genug. Eine Verkleinerung könnte ihn nur völlig unsichtbar machen.

Die Ansprache des Kanzlers aus Lausanne war ein Trommelfeuer von großen Worten, mit einer Eindringlichkeit vorgetragen, daß es den vom ewigen Optimismus lebenden deutschen Landsleuten wirklich schwer fallen mußte, ihrem Kanzler nicht zuzustimmen. Man darf sagen, daß es an jenem Abend wohl nur ganz wenige gab, die diese Ansprache nicht mit dem Bewußtsein erfüllte, daß nun wirklich eine neue Ära anbrechen würde. Erst als am nächsten und den folgenden Tagen die Presse sich im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen dazu entschloß, sich diese Gelegenheit zur Demagogie nicht entgehen zu lassen und das Ergebnis nach Strich und Faden verriß, schwenkte der Patriot in die befohlene Haltung ein.

Der Kanzler bezeichnete die Aufgabe der deutschen Delegation dahin: „Die

Vergangenheit zu liquidieren und für die Zukunft das deutsche Volk von dem ungeheueren Druck zu befreien, der jede wirtschaftliche Tätigkeit lähmte. Es galt die Lebensgrundlagen zu schaffen, die der Nation den geistigen, kulturellen und wirtschaftlichen Wiederaufstieg ermöglichen . . . : die restlose Beilegung der Reparationen.“

Dieses Ziel, führte der Kanzler aus, sei erreicht.

„Der Young-Plan ist gefallen.“ An seine Stelle trete ein gewisser Beitrag für den europäischen Wiederaufbau bis zu einer Maximalhöhe von drei Milliarden. Das sei die allerletzte Kraftanstrengung gewesen, zu der wir uns hätten entschließen müssen, wenn nicht alle Folgen eines möglichen Scheiterns der Konferenz über uns gekommen wären, Folgen, die jeden wirtschaftlichen Aufstieg in Deutschland unmöglich gemacht, eine weitere Schrumpfung des deutschen Wirtschaftslebens bewirkt, steigende Arbeitslosigkeit nach sich hätten ziehen müssen. Auch sei in diesem Falle unsere weitere Abhängigkeit vom Auslande unvermeidlich gewesen. Das alles sei nun anders geworden. Eine „neue Ara unter den Völkern ist angebrochen . . . ein neuer Zeitabschnitt beginnt für Deutschland“.

Das allerdings sind Verkündigungen von großer Tragweite. Sie erwecken Reminiszenzen an „Ich führe Euch herrlichen Zeiten entgegen“ und an „Ein neues Dasein in Schönheit und Würde“. Man meint Wilhelm II. oder Scheidemann hätten sich ans Mikrophon begeben. Verkündigungen, zu schön um wahr zu sein. Wir raten niemanden, darauf zu warten, daß auch nur eine der Papenschen Voraussagungen in Erfüllung geht. Wenn je Prophetien in Schall in Rauch aufzugehen bestimmt waren, dann werden es diese sein.

Was die Reparationen angeht, den Youngplan wie die gesamten Tributverpflichtungen, so ist zu sagen, daß die Lausanner Konferenz ihre Erledigung nicht auf ihr Erfolgskonto buchen darf. Die Reparationen waren schon erledigt, als der Kanzler nach Lausanne fuhr. Nicht Herr v. Papen hat sie erledigt, die Weltkrise, der finanzielle Ruin des Reiches ließ sie eines sanften Todes sterben. Lausanne war nur noch die Leichenschau mit zwecklosen Diskussionen zur Feststellung der Todesursache und der Überreichung des Leichenscheines an Herrn v. Papen. Gegen drei Milliarden erklärte man sich bereit, die Leiche zur Bestattung freizugeben. Aber niemand weiß heute, ob sie nicht eines Tages wieder erhumert wird, wenn die Ärzte zu der Überzeugung kommen sollten, daß man einen Scheintoten beerdigt hat.

Und was die Wiedergewinnung der Lebensgrundlagen angeht, die der Nation den Wiederaufstieg ermöglichen, so wird man sich auf gewaltige Enttäuschungen gefaßt machen dürfen. Die Voraussetzung dieser Lebensgrundlagen hat sich eher verringert als erweitert. War Deutschland bisher Schritt für Schritt zurückgewichen, so war es doch auch mit einer gewissen Geschmeidigkeit der völligen Umklammerung entgangen. In Lausanne war die Haltung alles andere als geschmeidig. Alle gefährlichen Möglichkeiten wurden preisgegeben. Ist es erst einmal ganz der französischen Umarmung verfallen, so hat sich Deutschland seiner Lebensgrundlagen begeben. Es ist auf dem besten Wege dazu.

Im übrigen werden die Folgen, von denen der Kanzler mit so erschütternden Worten sprach, ihm bald den Schlaf rauben, denn diese Folgen sind unvermeidlich. Nicht trotz Lausanne, sondern gerade durch Lausanne: die Schrumpfung des deutschen Wirtschaftslebens, die Zunahme der Arbeitslosigkeit.

Erstaunt werden die Deutschen gewahrt werden, daß es nicht die Reparationen sind, die ihnen den Weg versperren, und daß die Trennung der Reparationsfrage von der Frage der privaten Schuldverpflichtungen zu den verhängnisvollsten Selbsttäuschungen gehört. Von den privaten Schuldverpflichtungen, deren loyale Einlösung ja auch Hitler auf Schritt und Tritt verspricht, obwohl er weiß, daß er dieses Versprechen nie wird halten können, war in Lausanne mit keinem Wort die Rede. Und doch sind Reparationen und private Schuldverpflichtungen nicht zu trennen, denn die einen sind aus den anderen entstanden. Der größte Teil der privaten Schuldverpflichtungen sind nichts wie kommerzialisierte Tributschulden. Aber während man die Reparationen verdammt, werden jene dreimal heilig gesprochen wie das Eigentum. Nichts zeigt so sehr als die ängstliche Vermeidung jeder Diskussion dieser Frage, wie sehr die deutsche Außenpolitik sich im Kreise dreht, gleich ob Links oder Rechts das Ruder führt.

6.

Inzwischen sind Dinge publik geworden die das Ergebnis von Lausanne vollends fragwürdig erscheinen lassen.

In der amerikanischen Presse tauchten zuerst Gerüchte auf, daß das veröffentlichte Lausanner Abkommen gar nicht den Kernpunkt der Verhandlungen darstelle, vielmehr das wesentliche in einem geheimnisvollen „Gentleman Agreement“ enthalten sei, das nichts anderes bezwecke als das Bemühen Europas, „sich zu einem gigantischen Schwindel auf Kosten Amerikas zu vereinigen“.

Herr v. Papen genießt ohnedies in den Vereinigten Staaten nicht gerade das beste Ansehen. In den bisherigen amtlichen deutschen Verlautbarungen war stets betont worden, daß die Reichsregierung eine Verquickung der Reparationsfrage mit der Frage der interalliierten Schulden strikte ablehne. Wie aber, fragt die amerikanische Öffentlichkeit, verträgt sich diese Versicherung mit der Tatsache, daß der Reichskanzler Kenntnis von jenem Gentleman-Abkommen hatte und offenbar keine Einwendung gegen die französische Formel machte, daß das Lausanner Abkommen nicht in Kraft trete, ehe sich nicht die amerikanische Regierung zu entsprechenden Kürzungen der alliierten Schulden bereiterklärt habe? Ein kleiner Akt expressiverischer Ueberrumpfung sagt man in Washington. Ist das der Dank für die Initiative Hoovers in den Krisenmonaten 1931? Und man fügt sehr deutlich und aufmunternd an die deutsche Adresse hinzu: wenn auch Deutschland nicht zahlen könne, so sei das noch lange kein Beweis, daß auch die anderen nicht zahlen könnten.

Was lag diesen alarmierenden Nachrichten zugrunde? Es liegt ihnen zugrunde, daß zwischen den Gläubigermächten in Lausanne tatsächlich ein Geheimabkommen von außerordentlich weittragender Bedeutung zustande kam. Nach anfänglichen französischen Ablehnungsversuchen und englischen Bagatellisierungen hat die französische Regierung kurz entschlossen und fast grob Farbe bekammt und am Tage vor dem französischen Nationalfeiertag den Text des Geheimabkommens zwischen Frankreich, England, Italien und Belgien veröffentlicht.

In seinem Extrakt besagt es, daß die Ratifizierung des Lausanner Abkommens nicht vorgenommen wird, „bevor nicht eine befriedigende Regelung mit den eigenen Gläubigern erzielt sein wird... Falls die in Frage stehende Regelung nicht erzielt werden könnte, wird das Abkommen mit Deutschland nicht ratifiziert

werden. Bei dieser Eventualität würde die legale Stellung aller interessierten Regierungen wieder die gleiche werden wie vor dem Hoover-Moratorium.“

Das ist die drohende Exhumierung der Reparationsleiche, nicht mehr und nicht weniger, aber genug, um die großen Worte des Kanzlers in leere Luft verwehen zu lassen. Was bleibt nach alledem noch vom Lausanner Erfolg? Worte, Worte, nichts als Worte. Die Lage ist „als wäre es nie gewesen“.

Die Begeisterung, die die Bekanntgabe des unter dem Titel „Accord de Confiance“ veröffentlichten Geheimabkommens in der französischen Öffentlichkeit erweckte, ist sehr verständlich. Es wird als ein großer Erfolg der französischen Außenpolitik gefeiert, und es ist es in der Tat.

Die Möglichkeit einer französischen Isolierung in der europäischen Schuldenfrage war gegeben. Die Anbahnung einer Art angelsächsischen Solidarität auf der letzten Abrüstungskonferenz mußte solche Befürchtungen verstärken. Diese Möglichkeit gewann weiterhin an Wirklichkeit, in dem Maße, wie man befürchten mußte, das künftige nationale Deutschland würde an Stelle der Achse London—Paris—Rom die Achse Washington—Moskau zum Ausgangspunkt einer antiversailler Außenpolitik machen.

Es fehlte nicht an Anregungen in dieser Richtung. Zwischen Moskau und Washington bestehen gewisse antieuropäische Interessengleichheiten, die mit dem Fortgang der Ereignisse im Fernen Osten an Bedeutung gewinnen. Eine Annäherung Washington—Moskau war in der letzten Zeit unverkennbar und unverkennbar enthält diese Annäherung die Grundelemente einer Front gegen ein Europa unter französischer Führung, gegen Versailles schlechthin. Nichts wäre einleuchtender, als daß Deutschland diese Front beziehen würde. Selbst wo politische Argumentationen nichts fruchten, müßte die Tatsache versagen, daß wir gleichermaßen ein Interesse haben, uns auf Kosten des übrigen Europas mit Amerika, unserem größten Gläubiger, zu verständigen und nicht weniger die Beziehungen zu Rußland, einem unserer größten Abnehmer, entsprechend auszubauen. Eine solche Außenpolitik allerdings würde unseren Ausschluß aus der abendländischen Gemeinschaft zur Folge haben, aber sie würde uns das Geseß des Handelns zurückgeben und uns jene Werkzeuge in die Hand drücken, deren Handhabung bei einigem Geschick und einiger Zähigkeit sehr fühlbare Breschen in die Vormachtstellung Frankreichs schlagen müßte.

Herr v. Papen allerdings ist nicht der Mann für eine außenpolitische Konzeption von so ausgesprochen antiabendländischem Inhalt. Ihm liegt Europa zu sehr am Herzen. Amerika ist ihm unsympathisch, Rußland haßt er. Es ist für ihn das einfachste und das natürlichste so zu tun, als existierten diese zwei Faktoren nicht, als kämen sie für eine deutsche Außenpolitik überhaupt nicht in Frage. Er teilt diese Auffassung mit fast allen Vertretern des sog. nationalen Deutschland, die sich den Aufstieg ihres Landes nicht anders vorstellen können als durch die Vernichtung Rußlands und die Brüstung Amerikas in einer gemeinsamen europäischen Front.

Die merkwürdige Selbstverständlichkeit, mit der die deutsche Regierung die Bekanntgabe der Geheimabkommens hinnahm, wird also begreiflich. Der Schein der Zurückhaltung, den sich die Wilhelmstraße auferlegte, entsprang weniger einer inneren Ablehnung als einer Ratlosigkeit und vor allem einer Verstimmung darüber, daß diese Dinge sehr zur Unzeit gerade vor den Wahlen bekannt

wurden. Die eventuelle Aussicht auf eine neue Konferenz, die nicht das in-
zwischen in der Verfehlung verschwundene Lausanner Abkommen zum Aus-
gangspunkt nimmt, sondern das Haager Abkommen, also den Youngplan, ist
nicht ermutigend.

Sieht man aufs Ganze, so findet man die deutsche Außenpolitik auf ver-
hängnisvollen Irrwegen. Die deutsche Position wird mit jedem Tage schlechter,
der kommende Nationalismus bringt es nicht über sich, die neue Front, die
sich aus der Natur der Dinge gibt, zu beziehen. Er möchte Freiheitspolitik auf
der Basis einer bedingten Erfüllungspolitik treiben. Er möchte Versailles ver-
nichten, indem er sich ihm verpflichtet. Er lebt in dem Wahne, das Abendland
würde ihm die Waffen liefern, mit dem er seine Freiheit gewinnen möchte, und
er merkt nicht, wie er dabei mehr und mehr von Frankreich in Dienst ge-
nommen wird.

Bald hat Deutschland nichts mehr in Händen, was es einsetzen könnte.
Seine Bereitwilligkeit zum Eintritt in die europäische Antisowjetfront verbindet
es mit der Bereitschaft zur Eingliederung in eine antiamerikanische Front. Es
empfangt die Einladung, dem Vertrauenspakt beizutreten, und es leistete ihr, den
deutschen Lebensnotwendigkeiten zuwider, unbegreiflicherweise Folge.

So taumelt seine Außenpolitik von Niederlage zu Niederlage und sie beruft
sich dabei unausgesetzt auf jene „kluge deutsche Verhandlungstaktik“, von der
sie seit Jahren das große Wunder erwartet, indes sie sich immer tiefer in ihr
Verhängnis verstrickt. Blinder kann selbst der Geblendete nicht sein.

Sie will nicht erkennen, daß der Krieg ein Schaffer brutaler Tatsachen ist,
die nie durch Verhandlungen aus der Welt geräumt werden können, sondern
zu ihrer Beseitigung nach neuen Kriegen verlangen. Verhandlungen haben
bestenfalls aufschiebende, niemals aufhebende Wirkung. Aber auch einen solchen
Aufschub hat das Schicksal begrenzt.

Die Voraussetzung jedes Krieges ist die Mobilmachung. Es ist die Aufgabe
deutscher Außenpolitik, Deutschland in den Zustand der totalen Mobilmachung
zu versetzen. Alles andere ist vergebliches Bemühen. Jeder verlorene Tag ist
eine verlorene Schlacht. Der Glaube an den Erfolg von Verhandlungen macht
jede deutsche Außenpolitik illusionär. In solcher Gestalt wird sie einst in der Ge-
schichte ein melancholisches Kapitel füllen, das die romantische Überschrift
tragen wird:

Träumereien an französischen Kaminen.

Liquidation des 9. November?

Von Spektator

1.

Als die Kräfte der Weimarer Koalition Hindenburgs Reichspräsidentenschaft
erneuerten, taten sie es gewiß nicht im Bewußtsein der Folgen, die nunmehr
eintraten. Sie glaubten, sich Hindenburg verpflichtet zu haben, und rechneten,
nicht völlig ohne Dank und Lohn ausgehen zu brauchen. Sie hatten Hindenburgs
Dankbarkeit zweifellos sehr nötig. Sie fühlten den Boden unter den Füßen wan-

fen; Hindenburg sollte ihnen den Halt geben, den sie nirgends sonst mehr fanden. Hindenburg empfing aus ihren Händen sein Amt; er sollte es gebrauchen, indem er ihnen dann bei der Verteidigung ihrer Machtstellungen Beistand leistete.

Die Rechnung war klug; aber sie stimmte nicht. Hindenburg erkannte nicht an, eine Gegenleistung schuldig zu sein. Er fühlte sich weder moralisch noch politisch gebunden, als er sein Amt wieder antrat. Die Weimarer Kräfte hatten ihn gewählt, weil sie ihn brauchten und ohne ihn verloren waren; er hatte keine Neigung, den barmherzigen Samariter zu spielen. Die Wahl Hindenburgs durch die Weimarer Kräfte war eine eigensüchtige Spekulation gewesen; Hindenburg zeigte keine Neigung, das Glück der Spekulanten zu machen. Die sinngemäße Logik des Präsidentschaftsiegess Hindenburgs schien die Befestigung des überkommenen Weimarer Systems sein zu müssen; Hindenburg trug wider alles Erwarten keine Bedenken, dieser Logik ins Gesicht zu schlagen.

Indem das Weimarer System seine letzte Zuflucht bei Hindenburg suchte, räumte es ein, entkräftet zu sein und aus eigener Fülle nicht mehr existieren zu können. Es enthüllte sich als eines jener Dinge, die im Fall begriffen sind und die man, wie Nietzsche rät, noch stoßen soll. Noch war der Lärm des Präsidentschaftskampfes nicht verklungen, da holte Hindenburg bereits zum Stoße aus.

2.

Die Weimarer Demokratie war das Kind einer Kapitulation, nicht die Frucht einer Revolution gewesen. Sie war das Gewand, in das Deutschland geschlüpft war, um sich bei Wilson insbesondere und bei den Versailler Mächten überhaupt Gnade, Vergebung und Milde zu erwirken. Den Reichsfeinden im Bismarckschen Sinne, Zentrum und Sozialdemokratie, wurde die Macht überlassen; da sie in Opposition zu dem zusammengebrochenen Reiche gestanden hatten, war zu vermuten, daß nur sie die Nachsicht der Sieger erfahren dürften.

Die politische Umschichtung, die sich hierbei vollzog, hatte gleichzeitig ihre soziale Seite. Der wichtigste Träger der Weimarer Demokratie wurde der Sachlage gemäß die Arbeiterschaft; es war natürlich, daß sie den Gewinn an politischer Geltung sogleich auch zugunsten ihrer sozialen Lage auszunützen suchte.

Die Weimarer Demokratie enttäuschte indes alle Erwartungen, die auf sie gesetzt worden waren. Sie ersparte dem deutschen Volke keine Demütigung und keine Mißhandlung. Schutz und Schild gegen die Rachgier der Sieger sollte sie sein; sie wurde jedoch zu einem Instrument, das es den Siegern erleichterte, das deutsche Volk mit Füßen zu treten. Es wurde immer deutlicher, daß sie ihren Zweck verfehlt habe. Wenn jemand Nutzen aus ihrem Dasein zog, so waren es die Feinde Deutschlands, die Versailler Mächte. Zwischen der Weimarer Demokratie und dem nationalen Interesse Deutschlands bildete sich ein unüberbrückbarer Gegensatz heraus.

Je mehr das geschah, desto stärker wurde innerpolitisch der Widerstand gegen das Weimarer System. Wo sich unmittelbares nationales Gefühl regte, lehnte es sich instinktiv gegen den Weimarer Staat auf. Er verteidigte sich mit Ausnahmegesetzen und Ausnahmezuständen; indem er es aber tat, versündigte er sich immer unerträglich an seinen eigenen verfassungsmäßigen demokratischen Grundprinzipien. Außenpolitisch war er ohne Nutzen; innenpolitisch aber wurde er zu einer Unredlichkeit: dies war die Situation, in die er schließlich geriet. Wie die Kriegs-

müdigkeit, von der das deutsche Volk 1918 ergriffen worden war, die seelische Voraussetzung des Novemberzusammenbruchs gewesen war, so verbreitete sich nunmehr eine Weimarmüdigkeit, die den Sturz des Systems ankündigte. Die nationalsozialistische Bewegung wurde das Sammelbecken und Sprachrohr dieser Weimarmüdigkeit. Die Schar der „Deserteure aus der Weimarer Front“ wuchs zusehends. Der Verwaltungsapparat begann, sich vorsichtig auf einen neuen Boden der Tatsachen auszurichten. Die demokratische Zuverlässigkeit der Polizei wurde fragwürdig. Gerichte zeigten zunehmendes Verständnis für die „Feinde der Republik“. Man erfuhr, daß die Reichsrichter sich dem Nationalsozialismus überraschend zugänglich erwiesen. Nie hatte der Weimarer Staat die Reichswehr innerlich befehen; es schwand die letzte Aussicht dahin, daß er sie je für sich gewinnen werde.

Am Ende zerrüttete die Erfüllungs- und Unterwerfungspolitik der Weimarer Demokratie auch die Lebensbedingungen ihrer eigenen Träger. Tribute, Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit wirkten zusammen, die Arbeiterschaft aus den eroberten sozialen Machtstellungen wieder hinauszuerwerfen. So erkaltete sogar das Verhältnis zwischen der Weimarer Demokratie und den dazugehörigen Demokraten. „Republik, das ist nicht viel, Sozialismus ist das Ziel“, sangen sozialdemokratische Arbeiter. Es gab niemand mehr, der für Weimar hätte kämpfen oder gar sterben wollen.

3.

Aus dieser Situation ließ Hindenburg die Konsequenzen ziehen. Die Weimarer hatten ihn in ihr Lager ziehen wollen, da sie ihn als „ihren“ Präsidenten wählten; gegen dies Lager aber ließ Hindenburg jetzt den Angriff eröffnen. Brünnings Sturz leitete die Operationen ein. Die Verjagung der Weimarer Koalition aus Preußen war dann die nächste Aufgabe.

Es kostete keine Schwierigkeit, sie zu lösen. Die Weimarer Kräfte hatten sich selbst schon aufgegeben; sie traten ab, wie man es ihnen kommandierte. Jahrelang saßen Sozialdemokratie und Zentrum in Preußen an der Macht; der Schritt des Reiches war vorauszusehen, seitdem Papen ans Ruder gelangt war. Das Papenkabinett ist ohne Rückhalt im Volke; es hatte noch nicht die außenpolitische Niederlage in Lausanne überstanden. Dessenungeachtet war ein Leutnant mit ein paar Mann hinreichend, um Sozialdemokratie und Zentrum die preußische Macht aus der Hand zu reißen. Severing wich „nur der Gewalt“ — aber er wich flinker noch, als die Machthaber 1918 gewichen waren. Der Gedanke an politische Streiks setzte Sozialdemokratie und Gewerkschaften in heftigeren Schrecken als den Herrn von Papen. Man wurde höflich eingeladen, sich zu entfernen — und man entfernte sich nicht weniger höflich. Man räumte damit ein, daß man sich selber nicht mehr für befugt halte, Wille zur Macht zu haben.

Freilich war man es den Anhängern schuldig, den Eindruck zu erwecken, daß man nicht tafellos sei. So ging man zum Staatsgerichtshof. Man wollte als Rechtsstreit durchsetzen, was ein politischer Machtkampf war; man appellierte an Paragraphen statt an Mut und Hingabebereitschaft der Gefolgschaft. Zwar wußte man im voraus, daß der Rechtsstreit verloren werden müsse; aber er gab dann Gelegenheit, die Schuld, die man selber trug, auf die „parteiischen“ Richter abzuwälzen. Man führte gegen die Reichsregierung an Stelle todesbereiter Re-

publikaner begriffsdürre Rechtsverwahrungen ins Feld. Zu guter Letzt machte man dann noch aus der preussischen Blamage ein Mittel der Wahlpropaganda: die Stimmzettelfabgabe sollte die große Tat sein, die man auf den Barrikaden nicht geleistet hatte. Man hatte das Parlament selbst entwertet und entmachtet, solange man politische Verantwortung getragen hatte: jetzt lenkte man die Blicke der Gefolgschaft gerade auf dies hoffnungslos kastrierte Parlament. Indem man die Antwort an die Regierung Papen auf den 31. Juli verschob, räumte man ein, daß man sich selber besiegt gab.



H. Paul Weber

4.

Die sozialdemokratische Arbeiterschaft war 1918 in den politischen Vordergrund getreten: es lag in der Natur der Dinge, daß sich der Umschlag der Verhältnisse vorzüglich gegen die gleiche Arbeiterschaft kehrte. Mit unmißverständlicher Befontheit wurden sozialdemokratische Beamte aus den Ämtern entfernt. Man nahm wenig Rücksicht auf das persönliche Prestige sozialdemokratischer Minister und Staatswürdenträger: man ließ sie spüren, daß ihr staatliches Funktionärstum keineswegs ihre proletarische Herkunft in Vergessenheit gebracht habe. Es war ein merkwürdiger Anschauungsunterricht; das Volk sah, daß man auch mit hohen Staatsbeamten umspringen könne wie mit gewöhnlichen Sterblichen. Die sozialen Schichten, die sich 1918 kleinlaut beiseitegeschlagen hatten, drängten sich wieder vor; nicht völlig vermochten sie ihr Ressentiment zu verbergen. Welch gute Absichten auch immer dem Arbeitsdienstgedanken unterlegt werden mögen: im Grunde begreift er doch in sich ein, daß der Arbeiter in den Zustand persönlicher und sozialer Abhängigkeit versetzt werden soll. Eine Renaissance der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung wurde ins Auge gefaßt; schlecht vertragen sich damit politische Geltung und soziale Sicherung der Arbeiterschaft.

Nun war allerdings auch der Staat der Weimarer Koalition grundsätzlich ein bürgerlicher Staat gewesen; nur beruhte er auf einem Kompromiß der Arbeiterschaft mit dem Bürgertum. Er räumte der Arbeiterschaft Rechte und Chancen ein:

dafür wurde er von der gleichen Arbeiterschaft in seinem Grundcharakter nicht angetastet. Die Arbeiterschaft gab ihm nicht das Gepräge, sie zog nur Vorteile aus ihm. Sie garantierte die bürgerliche Ordnung und empfing ihr Entgelt dafür. Die sozialdemokratischen Minister waren naiv und schamlos genug, dies in dem Augenblick klarzulegen, in dem sie vor die Türe gesetzt worden waren: auch Severing rechnete es sich öffentlich zum Verdienst an, stets streng gegen die Kommunisten vorgegangen zu sein.

Die Umstände hatten sich inzwischen jedoch so sehr gewandelt, daß das Bürgertum die sozialdemokratische Arbeiterschaft nicht mehr brauchte; die Dienste, die sie bisher geleistet hatte, übernahm nunmehr billiger der Nationalsozialismus. Man konnte innenpolitisch den 9. November liquidieren; man zögerte nicht mehr, es auch zu tun.

5.

Das Kabinett Papen hatte die innenpolitische Liquidation des 9. November mit solch feurigem Zugriff vollzogen, daß dadurch sogar — kommunistische Versammlungen zu hitzigen Beifallskundgebungen hingerissen wurden. Indes bedeutet die innenpolitische Liquidation des 9. November nichts, wenn sie nicht auch dessen außenpolitische Liquidation einleitet. Man kann nicht sagen, daß die Aussichten dafür verheißungsvoll liegen. Deutschland ist heute außenpolitisch isolierter als es jemals war. In allen europäischen Hauptstädten ist man am Werke, alle Erfolgsaussichten des Kabinetts Papen zu zerstören. Der polnisch-russische Nichtangriffspakt ist eine folgenschwere Antwort auf das Dasein der Regierung Papen schlechthin. Die opponierende Linke und die rebellierenden Länder lähmen die außenpolitische Handlungsfähigkeit des Kabinetts; von Paris aus werden alle innerdeutschen Tendenzen Förderung erfahren, die Verwirrungen in Deutschland stiften. Die innere abendländische Haltung verhindert schließlich das Kabinett, von jenen politischen Mitteln und Methoden Gebrauch zu machen, mit denen die Fundamente der Versailler Ordnung erschüttert werden könnten.

Es besteht die Gefahr, daß die Liquidatoren sich mit dem innenpolitischen Ergebnis begnügen und dieses zu sichern versuchen, indem sie ausdrücklich auf die außenpolitische Liquidation des Novemberzusammenbruchs Verzicht leisten. Das Ausland verlöre alles Interesse an der Weimarer Demokratie, wenn die deutsche Rechte auf den Boden von Versailles träte. Exekutiert die Rechte Versailles mit der gleichen Zuverlässigkeit, wie es bisher die Linke tat, dann findet sich das Ausland auch mit einer deutschen Rechtsdiktatur ab. Die Aufrichtung eines strengen bürgerlich-kapitalistischen Klassenregiments wäre in diesem Falle der Preis, den die Rechte für ihre außenpolitische Kapitulation einheimfen dürfte. Lausanne und der Ausgang der Genfer Abrüstungskonferenz waren bedenkliche außenpolitische Einstimmungen der innerpolitischen Reichsaktion gegen Preußen. Sicherlich bewerkstelligte man den preussischen Lärm um so eifriger, als sich damit die Lausanner und Genfer Niederlagen in Vergessenheit bringen ließen.

6.

Die Liquidation des 9. November hatte sich der Nationalsozialismus vorbehalten gehabt; die Regierung Papen nahm ihm das beste Stück vorweg. Gerade an diesem Punkte verrät sich die innere Zweideutigkeit und Lücke, die in der Existenz

des Kabinetts Papen selbst beschlossen liegt. Es genießt Hitlers Duldung; es scheint sich auf der Linie nationalsozialistischer Politik zu bewegen: in Wahrheit ist es aber bestrebt, das Wasser der nationalsozialistischen Mühlen abzugraben. Das blieb auch im Ausland nicht unbemerkt. So nannte etwa der „Daily Express“ die dramatische Entlassung der preussischen Regierung Hindenburgs kühnsten Wurf in dem Spiel gegen Hitler. Um den Führer der Nationalsozialisten von der Macht fernzuhalten, habe er das Parlament unterdrückt und Papen zum Diktator Preußens gemacht. Es sei ein erstaunlicher Akt der Entschlossenheit für einen Mann in dem hohen Alter Hindenburgs. Die Möglichkeiten dieses Schritts sowohl zum Guten wie zum Bösen seien so weitreichend, daß man mit Bestimmtheit sagen könne, er schreibe jetzt das letzte große Kapitel seines Lebens. Wenn er erfolgreich sei, so werde es einen Triumph ohnegleichen in der Geschichte bedeuten. Sein Erfolg hänge von dem Reichskanzler ab, der bisher noch nicht gezeigt habe, was er könne.

Die Reaktion fürchtet den revolutionären Schwung der nationalsozialistischen Bewegung; sie trifft allerorts Anstalten, ihn nicht zu unmittelbarer Geltung kommen zu lassen; sie fängt ihn auf, um mit seiner Hilfe das Rad der Zeit — rückwärts zu drehen. Wo Hugenberg noch qualvoll seine Sorgen vor dem Gespenst Hitler bekannte, stand das Kabinett Papen bereits mitten in der Arbeit, es zu bannen.

Als Hitler dem Reichspräsidenten sein Wort verpfändete, das Kabinett Papen zu stützen, gab er seinen intimsten Gegnern einen Freibrief, ihm allerorts Abbruch tun zu dürfen.

7.

Die Form, in der die Regierung Papen die Liquidation des 9. November in Angriff nahm, trug am Ende doch nur das Gepräge eines Scheingeschäfts an sich: der Wechsel der Firma war nur eine Auskunft, die dem Bankrotteur erlaubte, sich den Folgen seiner Mißwirtschaft entziehen und trotz allem sein Schäfchen ins Trockene bringen zu können. Der Reichskommissar, der die Preußenfrage unter dem Schein des Rechts aus der Welt schaffte, betrog Hitler darum, sie nach dem Rechte der nationalen Revolution vor sein Forum zu ziehen.

Ringsum war Hitler des Gegners beraubt worden: dies war wohl die eigentliche Leistung des Kabinetts Papen. Die Reichsregierung befand sich im Besitze eines von Hitler selbst anerkannten nationalen Prestiges: gegen sie konnten die Sturmabteilungen nicht mehr angeführt werden. Man dankte dem Kabinett die Uniform; wo man sich darin zeigte, galt man zwangsläufig als Bundesgenosse, nicht als Gegner des Kabinetts — und man fühlte sich selbst so. Die „marxistischen“ Preußenminister waren verschwunden: man kämpfte gegen Windmühlenflügel, wenn man noch den Zorn der Straße gegen Braun und Severing aufwühlte. Das große Pathos des Kampfes hatte an Überzeugungskraft eingebüßt; es fehlte plötzlich die zur letzten Entscheidung aufpeitschende Spannung der Situation.

Noch nie waren die Umstände ungünstiger gewesen, unter denen der Nationalsozialismus in einen Wahlfeldzug einzutreten hatte; in den Verhältnissen lag kein Antrieb mehr, der Hitler hätte begünstigen können. Daß Hitler als Mitschuldiger an der Papennotverordnung erschien, zerstörte geradezu den Glauben, den auch proletarische Schichten bereits zu fassen begonnen hatten. Das Reichs-

tagswahlergebnis übertraf kaum dasjenige der Landtagswahlen; allerorts war Stillstand, ja Rückgang festzustellen. Zweifel an der elementaren Unaufhaltsamkeit sieghaften Wesens fanden zum erstenmal bedenkliche Nahrung. So ließ sich die Veranstaltung der Reichstagswahlen selbst als eine Falle deuten, in die die Nationalsozialisten hineingelockt worden waren. Die Maßregeln zur Liquidation des 9. November hatten einen Hinter Sinn; sie trugen versteckt eine Spitze ebenso gegen Hitler in sich, fast als ob sie heimlich zugleich auch schon als vorbereitende Maßregeln zur Liquidation des — Nationalsozialismus gedacht gewesen seien.

Nach dem Ergebnis der Wahlen sieht sich der Nationalsozialismus in eine Zwangslage gedrückt, die seiner Entschließungsfreiheit enge Grenzen setzt. Der revolutionäre Weg ist ihm versperrt; gegen eine „nationale Regierung“ und gegen die „nationalen“ kommissarisch bestellten Minister Preußens kann er nicht putzen. Stützt er weiterhin die Regierung Papen — was Herr von Papen zur Zeit noch zu erwarten scheint —, dann wird er durch deren reaktionäre Politik, für die er unnachlässig gerade stehen muß, abgenützt, ohne selbst besonderen Gewinn zu haben. Eine mögliche Koalition mit den antikapitalistischen und sozialistischen Gruppen im Parlament ist für ihn auf Grund seines Wesens nicht diskutabel. Ein Minderheitskabinett, das sich diktatorischer Methoden bedient, kann versucht werden; es hält jedoch in den außenpolitischen Stürmen dieser Zeit nicht stand; es würde vom Ausland nicht als verhandlungsfähig betrachtet werden.

So bleibt nur die Koalition mit dem Zentrum. Man hätte den Nationalsozialismus dort, wo man ihn haben wollte. Die Koalition Hitler-Brüning würde mit einem Male „stabile“ Verhältnisse im Reich und in den Ländern schaffen; fast überall bestehen Voraussetzungen für ein festes braunschwarzes Regiment. Das Zentrum ist zu haben; es würde der größte Leidtragende einer dauernden Geschäftsunfähigkeit des Parlamentarismus sein: es ist nur stark, solange es Zünglein an der Waage bleiben darf. Die Reichsregierung gegen Preußen hat niemand mehr gedient als dem Zentrum; so wurde das Zentrum auf eine anständige Weise seine Bindungen an die Sozialdemokratie los. Es gibt Vergewaltigungen, die langgehegte heimliche Wünsche erfüllen.

In der braunschwarzen Koalition würde der rebellierende deutsche protestantische Mensch für römische Tendenzen eingespannt sein; die römische Funktion des Nationalsozialismus würde sich erfüllen. Hugenberg, den die Wahlen auch im Reich so gründlich ausgeschaltet haben, wie er es in Preußen schon ist, würde bestenfalls als preussisch schillerndes Feigenblatt eine harmlose Verwendung finden.

Geschichte und Laten des Kabinetts Papen muten in der Rückschau an, als habe sich hier ein geniales Spiel vollzogen, die Diktatur Hitler endgültig zu vereiteln und die nationalsozialistische Bewegung zu „kanalisieren“. Wozu die Weimarer Linke nicht mehr fähig war, das gelang zur rechten Stunde noch der bürgerlichen Reaktion. Als Hitler reaktionären Sachwaltern und Treuhändern Vollmacht gab, die Novembermänner aus ihrem Machtbesitz zu verjagen, da hatte er sich selbst um den besten Teil seines Erbes geprellt.

Während sich Hitler auf der Straße der Legalität müdeläuft, machen es sich andere auf seine Kosten im Dritten Reich schon bequem.

Graf Brockdorff-Ranzau

Von Dr. Erich Müller

„Die Deutschen haben oft den Fehler begangen, sich durch Schicksalsschläge beirren zu lassen. Einzelwesen müssen sich in ihr Schicksal ergeben; Nationen niemals.“

Dieses Wort der Madame de Staël aus ihrem Buch über Deutschland hat Brockdorff-Ranzau seiner 1920 erschienenen Dokumentensammlung als Motto vorangesezt, und es gibt in der Lat kein Wort, das den Inhalt der Brockdorff-Ranzauschen Politik besser kennzeichnete als dieses, zugleich keine Weisheit, die uns heute nötiger wäre als diese, daß Nationen sich nie in ihr Schicksal ergeben müssen.

1.

Wenn eine Zeit nach den symbolkräftigen Gestalten, die sie hervorbringt, zu werten ist, dann leben wir in einer erbärmlichen Zeit. Denn was ist an den typischen Gestalten der Nachkriegszeit, an den Erzberger und Rathenau und Stresemann mehr als typisch? Wofür, wenn nicht für den deutschen Willen zur Knechtschaft, können diese Gestalten als Symbole gelten? Nur einer ragt als mythische Gestalt in unsere Zeit hinein, aber auch er, der ehrwürdig-alte Hindenburg, ist nicht für diese, sondern für eine unwiederbringlich dahingegangene Zeit Symbol.

Der Mythos des revolutionären Nationalismus aber, der heute im Werden ist, hat mit der Erbärmlichkeit dieser Zeit noch weniger als der Mythos Hindenburg gemein. Seine symbolischen Gestalten, der Bauer Claus Heim, der Soldat Albert Leo Schlageter, der Politiker und Diplomat Graf Brockdorff-Ranzau, sind Symbole eines künftigen Deutschland, das erst nach dem beispiellosen Umbruch, dem wir heute entgegentreiben, Gestalt gewinnen kann. Claus Heims revolutionäres Bauerntum: das ist Symbol für die Abkehr von den Werten und Wertmaßstäben der städtischen Zivilisation und der westlichen Welt. Schlageters Soldatenentum: das ist Symbol für die kämpferische, kriegerische Grundhaltung der Schicht unseres Volkes, die den künftigen Staat zu bauen hat. Brockdorff-Ranzaus aristokratisches Diplomatenentum aber ist mehr noch als das: wie im ursprünglichen Adel Bauerntum und Kriegerentum zu einer neuen, höheren Einheit verschmolzen waren, so ist die Gestalt dieses Mannes Symbol für die überragende Bedeutung der Politik — einer aus bäuerlicher Substanz und kriegerischer Haltung neu erstandenen Politik — für die Gestaltung der deutschen Zukunft.

2.

Das Geschlecht der Ranzaus, dem die väterlichen Vorfahren des Grafen entstammen, gehört zu den bemerkenswertesten des norddeutschen Adels. Seit dem 12. Jahrhundert — so weit läßt es sich zurückverfolgen — ist es in Holstein ansässig, in der gleichen Landschaft also, der das dithmarsische Bauerngeschlecht der Heims angehört. „Stolz wie ein Ranzau“ hieß es in Dänemark sprichwörtlich von der großen und weitverzweigten Adelsfamilie, die anderthalb Jahrhunderte lang den dänischen Königen die Statthalter in Schleswig-Holstein stellte und der zahlreiche Offiziere, darunter allein vier Feldmarschälle, entsprossen. Einer von diesen warf in dänischen Diensten die Dithmarschen nieder, nachdem er zuvor schon die Herrschaft der Hanse gebrochen hatte; ein anderer, der im

Dreißigjährigen Krieg aus schwedischen Diensten in französische hinüberwechselte, wurde als „le grand Rantzau“ Marschall von Frankreich und galt bei den Zeitgenossen als der eigentliche Vater Ludwigs XIV.

Neben der soldatischen Tüchtigkeit ist für die Rantzau wie auch für die mütterliche Familie, die Brockdorffs, eine hohe geistige Kultur charakteristisch. Ein Vorfahr, Heinrich Rantzau, der „Große Statthalter“ genannt, der in Wittenberg in Luthers Hause erzogen worden war, betätigte sich nicht allein als Gönner der Künste und Wissenschaften, sondern dichtete auch selbst und schrieb eine Anzahl gelehrter Werke. Vorfahren und Vorfahrinnen von der Brockdorffschen Seite waren mit Klopstock und Goethe befreundet und Brockdorff-Rantzaus Großvater und Adoptivvater Ulrich von Brockdorff, dem er seinen Doppelnamen dankt, war mit einer Enkelin von Goethes Schwester Cornelia vermählt.

Ein dritter den beiden Geschlechtern eigentümlicher Zug ist die hie und da besonders ausgeprägte soziale Gesinnung, die etwa einen Rantzau im Jahre 1739, also lange vor der Bauernbefreiung, seinen Bauern den Boden in Zeit- und Erbpacht geben läßt und die den Großvater des Grafen im Revolutionsjahr 1848 erklären läßt: „Wäre ich nicht als Graf von Kleckamp geboren, so wäre ich revolutionärer als irgendeiner!“

3.

So war der 1869 geborene Graf Ulrich zu Brockdorff-Rantzau sozusagen schon durch seine Herkunft prädestiniert für den revolutionären Konservatismus, der zum kennzeichnenden Grundzug seines politischen Wirkens werden sollte. Zunächst jedoch war von revolutionären Dingen keineswegs die Rede. Aufgewachsen in den feudalen Traditionen des begüterten holsteinischen Landadels, dann Student in Neuchâtel und Freiburg, Fahnenjunker und Leutnant im 1. Garderegiment zu Fuß, schließlich Attaché im Auswärtigen Amt und in der Brüsseler Gesandtschaft, war der junge Brockdorff-Rantzau ein typischer Vertreter ausgesprochen konservativen Aristokratentums. Seine Begabung hob ihn aber schon damals über den Durchschnitt hinaus, so daß er schnell avancierte und über die Stationen Petersburg, Wien, Haag, Budapest als Gesandter nach Kopenhagen kam.

Hier traf ihn der große Krieg, der ihm zum erstenmal Gelegenheit zur Entfaltung seiner besonderen diplomatischen Fähigkeiten gab. Durch ein Ultimatum erzwang er gleich bei Kriegsbeginn das Zugeständnis, daß der Große Belt mit Minen belegt wurde. Mit einer für einen Aristokraten aus alter Familie unerhörten Unvoreingenommenheit, die ihm schon damals den Namen des „roten Grafen“ einbrachte, arbeitete er dann mit den deutschen und dänischen sozialdemokratischen Gewerkschaften zusammen, um die für Deutschland außerordentlich wichtigen Lebensmittellieferungen aus Dänemark sicherzustellen. Für noch anstößiger befand man es, daß er bei dem seinerzeit sehr umstrittenen Export Lenins und Trozki nach Rußland tätig mitwirkte, obwohl gerade diese Aktion von großer politischer Weitsicht zeugt, wie er ja auch die russische Revolution, ohne Glauben zu finden, schon eine Zeitlang vor ihrem Ausbruch vorhergesagt hatte.

Trotz aller Mißdeutungen und Anfeindungen, die er sich durch die über den engen Horizont seiner Zeit- und Standesgenossen gehenden politischen Maß-

nahmen zuzog, wurden seine diplomatischen Fähigkeiten an den verantwortlichen Stellen sehr hoch eingeschätzt. Der Kaiser selber nannte ihn einmal den einzig vernünftigen unter seinen Diplomaten, da er auch mit den Sozialdemokraten umzugehen verstehe. So tauchte, wenn irgendein wichtiges Reichsamt zu besetzen war, immer wieder Brockdorff-Rantzaus Name auf. Zweimal war er zum Staatssekretär des Auswärtigen — der Außenminister führte damals diesen Titel — vorgeschlagen, und nur an Zufällen und Kleinigkeiten scheiterte damals die Ernennung. Im letzten Kriegsjahr schließlich schlug ihn der bayerische König für das Amt des Reichskanzlers vor, und wir können heute rücksehend sagen, daß in der Führung der Reichspolitik durch Brockdorff-Rantzau in der Tat die einzige Möglichkeit lag, dem drohenden Zusammenbruch auszuweichen, wenn es zu diesem Zeitpunkt eine solche Möglichkeit überhaupt noch gab.

4.

Später — er war schon Botschafter in Moskau — äußerte Brockdorff-Rantzau einmal über den 10. November, den Tag, an dem Wilhelm II. die holländische Grenze überschritt, an diesem Tage sei er Waise geworden. Sein sonst sehr verdienstvoller Biograph Edgar Stern-Kubarth, der mit dieser Äußerung nichts anzufangen weiß, nennt sie das Zeichen einer verborgenen Sentimentalität. In Wahrheit aber ist gerade dieses Wort charakteristisch für den echten Konservatismus des königstreuen Adligen.

Um so bewunderungswürdiger ist die Haltung dieses echten Edelmannes, der nun, selber verwaist und einsam, seinem führungslos gewordenen Volke in der bittersten Notstunde zum entscheidenden Führer wird. Denn weder bei Erzberger und Scheidemann noch bei Noske und Ebert lag eine derartige Fülle von Verantwortung, wie bei dem ersten Außenminister der deutschen Republik, der sein Volk in Versailles vertrat.

Jener Tag von Versailles, der 7. Mai 1919, von Clemenceau zur „Stunde der Vergeltung“ ausersehen, wird immer einer der denkwürdigsten Tage der deutschen Geschichte bleiben. Ein geschlagenes Volk, dem mit unsäglichlicher Brutalität, mit einem Siegerübermut ohne Grenzen seine Verantwortung vor Augen geführt werden sollte, konnte hier, wenn nicht in der Sache, so doch in der Haltung einen unzweifelhaften Sieg davontragen. Brockdorff-Rantzau, „der Mann, der in Versailles vor den Ministerpräsidenten der Entente sitzen blieb“, betrog den revanchelüsteren „Tiger“, betrog eine ganze revanchelüsterne Nation durch seine ruhige, verachtungsvolle Würde um die ersehnte Vergeltungstunde, und so sehr beherrschte der Vertreter des zum Abschaum der Menschheit gestempelten Volkes durch seine überlegene, vornehm-stolze Haltung die im übrigen so würdelose Versammlung der Sieger, daß es einem Mann wie Balfour unmöglich war, Brockdorff-Rantzau bei seiner Antwort auch nur anzusehen, so peinlich war ihm nach eigenem Geständnis die Szene.

In der Sache selber aber war von den Siegermächten kein wesentliches Zugeständnis zu erreichen; noch nicht einmal Verhandlungen wurden der deutschen Delegation zugebilligt. Immerhin hatte Brockdorff-Rantzaus sicheres Auftreten zur Folge, daß das Diktat zunächst vom deutschen Volke in bemerkenswerter Einmütigkeit abgelehnt wurde und sogar Scheidemann das in seinem Munde groteske Wort sprach, daß die Hand verdorren solle, die dies Dokument unter-

schreibe. Es zum Äußersten kommen zu lassen, dazu war von all diesen Weimarer Kleinbürgern freilich keiner entschlossen. Nur Brockdorff-Rantzau war Politiker genug, um auch mit dem äußersten Falle zu rechnen. Er wußte — als einziger vielleicht — schon damals, daß die Alternative zu Versailles Moskau hieß, und als dann an der Unerbittlichkeit der Feinde der deutsche Widerstandswille schnell genug zerbrochen war und der Graf, von dem Straßenpöbel von Versailles mit Steinen beworfen, zurückgekehrt und vom Außenministerium zurückgetreten war, meinte er, nur von wenigen verstanden: „Ich glaube, daß von Moskau aus das Unheil von Versailles korrigiert werden kann.“

5.

Schon vor Versailles hatte er, der bereits von Kopenhagen aus für eine maßvolle Taktik bei den Brest-Litovsker Verhandlungen eingetreten war, Deutschlands Bereitwilligkeit zu einer Verständigung mit der Sowjetrepublik erklärt und damit die Grundlage für den drei Jahre später von seinem Freund und Gehilfen, dem Freiherrn von Malan, abgeschlossenen Vertrag von Rapallo gelegt. Versailles lehrte ihn dann, daß Deutschland über die bloße Verständigung hinaus ein Bündnis mit dem neuen Rußland brauche, wenn es sich nicht aller künftigen politischen Möglichkeiten begeben wollte. So klang bereits aus der Rede, die er, den ungebrochenen Widerstandswillen der Nationalversammlung voraussetzend, im Juni 1919 in Weimar halten wollte, so etwas wie eine nationalbolschewistische Tendenz; die Schlussworte dieser nie gehaltenen — in seiner Biographie abgedruckten — Rede lauteten: „Die Entscheidung, die ich von Ihnen erwarte, ist die unerbittliche Kampfansage gegen den Kapitalismus und Imperialismus, dessen Dokument der Friedensentwurf von Versailles ist.“ Der aristokratische Diplomat hatte die Unvereinbarkeit eines echten Konservatismus mit dem bürgerlichen Kapitalismus erkannt und wurde so, ohne seine erzkonservativen Anschauungen zu verleugnen, zum entschiedensten Verfechter einer revolutionären deutschen Politik.

Nach dem Abschluß des Rapallovertrags wurde er im Sommer 1922 auf den Botschafterposten in Moskau berufen, und hier hat er, während im Westen Stresemann als Erzbergers Erbe einen um den anderen trügerischen Erfolg zu verzeichnen hatte, in sechs langen einsamen Jahren die Grundlagen für eine künftige deutsche Außenpolitik geschaffen. Moskau war stolz darauf, den „Mann von Versailles“ zu bekommen, der den trotz Versailles noch immer ungebrochenen Widerstandswillen des deutschen Volkes verkörperte. Aber Brockdorff-Rantzau war mehr als nur das Symbol, er war zugleich der tätigste, der unermüdlich tätige Verfechter des Widerstandswillens. So haben seine sechs Moskauer Botschafterjahre, deren ganze Bedeutung erst eine künftige Geschichtsschreibung richtig einzuschätzen wissen wird, trotz der Ungunst der Umstände reiche Frucht getragen. Besonders die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Rußland wurde aufs entschiedenste gefördert, freilich nicht um der Wirtschaft, sondern um der Politik willen, die für diesen leidenschaftlichen Politiker zum Schicksal geworden war. Die Krönung seiner Arbeit war der im April 1926 kurz nach Lozarno abgeschlossene sogenannte Berliner Vertrag, den man — als das politische Ergebnis der vorhergegangenen wirtschaftspolitischen Abkommen — in Moskau bezeichnenderweise den Rantzauschen Vertrag genannt hat.

Vielleicht hat es seit Bismarck keinen Deutschen gegeben, für den die Politik so sehr auch zum persönlichen Schicksal geworden ist wie für Brockdorff-Ranzau. Patriae inserviendo consumor ist die Parole auch dieses Lebens gewesen, das ein in letztem Grunde tragisches Leben war.

„Man hat mir alles zerschlagen — ich bin ja schon in Versailles gestorben“, meinte er wenige Tage vor seinem Tode, ein erschütterndes Bekenntnis im Munde des Mannes, der Deutschlands Lebenswillen wie nur irgendeiner verkörperte. Mit der Abdankung seines Königs verwaist und vereinsamt, geht dieser Mann für sein Volk den harten Weg nach Versailles, und obwohl hier durch eine schmachvolle Behandlung, die für seinen Stolz unerträglich sein mußte, im Innersten gebrochen, geht er den begonnenen Weg weiter, geht ihn mit unerhörter Konsequenz bis zu seinem tragischen Ende. Denn: Einzelwesen müssen sich in ihr Schicksal ergeben, Nationen niemals!

Massenbewegung

Von Nikolaus Götz

1.

Massenbewegungen sind elementare Vorgänge; sie sind Durchbrüche, sind Entfesselungen menschlicher Urkräfte. Sie treten auf, wenn Lebensordnungen zerfallen, gesellschaftliche Zustände sich zersetzen, der bisher festgefügte Boden menschlichen Daseins zu erbeben begann. Da werden überlieferte Anschauungen fragwürdig; ererbte Wertungsweisen überzeugen nicht mehr; alte Gewohnheiten wirken unzeitgemäß; moralische Bindungen verlieren ihre Kraft. Was heilig war, ist entweiht; wo Ehrfurcht gewaltet hatte, wagt sich Zudringlichkeit vor. Man entschlägt sich der geistigen Zucht, in die man ehemals genommen worden war und gibt die seelische Haltung preis, die man einst geglaubt hatte, sich selbst schuldig zu sein.

Die Entbindung dieser Urkräfte ist ein gewaltiges dynamisches Ereignis; es schafft ein Chaos wogender Energien. Aber wie es auf dem Zerfall alter sozialer und politischer Gestaltungen beruht, so liegt in ihm kein Vermögen, neue Gestaltungen unmittelbar aus seinem Schoße selbst hervorzubringen. Es ist ein Kessel tobender und brodelnder elementarer Kräfte; wofür diese aber eingespannt, nutzbar gemacht werden, zu welchem Ziel sie die Dinge zu treiben haben: das liegt nicht in ihnen selbst. Der Segler, der zu kreuzen versteht, kommt gerade mit Hilfe des Windes gegen die Richtung auf, in der der Wind bläst. Das geschichtliche Ergebnis einer Massenbewegung setzt sich nicht selten gegen deren allgemeinen Richtungszug durch; der Aufstand der Massen kommt am Ende Dingen zugute, an die die Massen nie gedacht hatten und die mit ihren Wünschen in keinem Zusammenhang und keinem Einklang stehen. Die Vorstellungsgelalte und Wunschgebilde bewegter Massen erlauben keinen Schluß auf die geschichtliche Funktion, die eine Massenbewegung wirklich erfüllt.

2.

In dem Augenblick, in dem über einer Massenbewegung eine Idee aufgepflanzt wird, ist der erste Schritt zum Aufbau einer neuen Ordnung getan, für

welche die Massenkräfte in Dienst genommen und durch welche sie abermals gebunden werden sollen. Diese Idee ist nicht die prophetisch vorwegnehmende Anschauung einer Zukunft, der man sich zwangsläufig nähert; sie ist der bildhafte Niederschlag von Hoffnungen, Sehnsüchten und Stimmungen, die augenblicklich in den Massen erwacht sind. Das Niveau der Ideen dieser Art ist nie höher als es das Niveau der geistigen Verfassung der Massen ist. Die Idee verrät hier stets irgendwie, wie sich der simple Verstand der Massen die Welt vorstellt; das Gedankengut politischer Massenbewegungen trägt in der Regel den Geruch der zum Selbstbewußtsein gekommenen Bierbank an sich. Die Idee richtet die Kräfte der Massenbewegung aus; nun kann man die Bewegung leiten, lenken, nun kann man die Massen kommandieren. Sie ist wie das Segel, das den Wind fängt und in Dienst nimmt. Wo die Idee ausleuchtet, finden die Massen ihr Selbst in ihr wieder; sie stellt sichtbar dar, was in ihnen dunkel und treibend vorhanden ist. Wer sich zu der Idee bekennt, der gilt ihnen als verwandt und zugehörig; wer die Idee am lauteften, einprägsamsten, schlagkräftigsten formuliert, ist ihr Sprachrohr, ihr Führer. Der Führer genießt Vertrauen, weil er für die Idee durch die besondere Kraft seines Wortes das hinreißendste Zeugnis ablegt. Solange seine Bekenntnisse begeistern, werden seine Taten nicht geprüft. Die packende Gewalt des Bekenntnisses wirkt wie ein Scheinwerfer, der alle Taten des Führers in den Strahlenkegel der Idee rückt, sie ausschließlich im Lichte und in der Färbung der Idee zeigt. Der Führer wird schließlich zur sichtbaren Verkörperung alles dessen, wonach die Seele der Masse dürstet; sein Dasein wird zur Bürgschaft dafür, daß dieser Durst Befriedigung finden werde. Der Führer erscheint als Instrument der Verwirklichung der Idee, als Werkzeug, das den Massen zur Erfüllung jener Hoffnungen verhilft, die sie brennend und ungeduldig im Herzen tragen.

3.

Keine Massenbewegung strebt unmittelbar zu den Bindungen einer neuen überpersönlichen Ordnung; sie will nur ihre selbstfüchtig gefärbten Wunschträume verwirklicht sehen. Die alte Ordnung wird zerstört, weil sie diesen Wunschträumen keine Erfüllung verheißt. Die Gewalt der Massenbewegung läßt sich zur Ordnungstiftung nur gebrauchen, wenn die Masse glaubt, mit ihren besonderen Anliegen ausschließlich in der kommenden Gestaltung der Verhältnisse zum Ziele gelangen zu können. Die werdende Ordnung muß hoffen lassen, die Form zu sein, in der den Massen nichts mehr zu wünschen übrig bleibt. Der Massenführer, der den Ehrgeiz des Ordnungstifters hat, muß seinen Ordnungsgedanken irgendwie in den Glanz des Chiliasmus tauchen; auch über das „Dritte Reich“ etwa huschen unverkennbar noch Lichter des Tausendjährigen Reiches. Der Glanz des Chiliasmus blendet; er verführt dazu, alle Dinge in einen magischen Zusammenhang mit der Endhoffnung zu bringen: der eigentliche Sinn der Dinge des Alltags scheint es zu sein, den kommenden Zustand der Erfüllung vorzubereiten. Ihr echter Wirklichkeitsgehalt wird nicht mehr wahrgenommen, ihr besonderes Sachgewicht nicht mehr gespürt. So vermag der Ordnungstifter, der sich auf die Kunst des chiliasmatischen Zaubers versteht, unter dem Antrieb seines Machtwillens gemäß seiner tieferen Einsicht in die Gesetzmäßigkeiten des sozialen und politischen Da-

seins Lasten zu schaffen und Zwangslagen herbeizuführen, durch welche die Massen wiederum in Zucht genommen und aus ihrer chiliastischen Entrücktheit erbarmungslos in die Bereiche nüchternen Alltäglichs zurückgeholt werden.

Daß die Völker in der Regel „die Augen für jede Schlinge verschließen, die unter den großen Versprechungen gelegt ist“, hat Machiavelli immer wieder bemerkt; eben deshalb sind sie leicht zu betrügen. Nicht selten begehrt das Volk „von einem Trugbild des Guten getäuscht, sein Verderben“. In seinem Traktat *de monarchia* bestätigt das Dante; das Volk, so sagt er, schreie oftmals: „Es lebe mein Tod und es sterbe mein Leben.“ In der Tat ist es das Schicksal fast jeder Massenbewegung, am Ende „verraten“ zu werden. Während im Saale unter dem Einfluß der Worte des Führers die Herzen der Massen höher schlagen, werden die gleichen Massen in der Verschwörung des Hinterzimmers verkauft. Massen werden stets, nach dem Worte des konservativen Heydebrandt, „belogen und betrogen“. Dieser „Verrat an der Masse“ ist indes kein moralischer Tatbestand, der Gegenstand sittlicher Entrüstung oder sentimentaler Klage sein dürfte; er ist ein unerseßliches Kernstück der politischen Technik; er ist einer der wichtigsten Hebel innerhalb des umfassenden Systems von Aushilfen und Veranstellungen, mittels dessen sich die geschichtliche Notwendigkeit vollzieht. Massenbewegungen gelangen nie an das Ziel, das das ihre ist; sie bahnen aber stets dem Schicksal, das der Massen wartet, den Weg.

4.

Am Ende jeder Massenbewegung steht die gefestigte Ordnung, die Bindung der Kräfte, die Erstarrung der neuen Formen, die Ernüchterung. Der Rausch weicht, die Bitternis bleibt; die Begeisterung verfliegt, die Enttäuschung stellt sich ein. Das „Ergebnis“ ist immer anders, als es sich die Massen vorgestellt gehabt hatten. Der Sturm auf das Paradies hat nie einen andern Erfolg als den, nur in ein benachbartes irdisches Jammerthal vorgedrungen zu sein. In dem Augenblick, in dem der frische Schwung des Faschismus verpufft sein wird, wird man entdecken, daß man in einen unausstehlichen Polizeistaat geraten ist. Der Bolschewismus wird, sobald der Wahn der Massen zerstoßen ist, einen Zwangstaat zurücklassen, der so bedrückend sein wird, wie es der Zarismus einst war. Indem die Hitlerbewegung die Papenregierung als ihre Vorfrucht anerkannte, hob sie bereits die Schleier vor dem Geheimnis ihres wirklichen Wesens. Ihr nationaler Sozialismus ist dasselbe Blendwerk wie ihr sozialistischer Nationalismus: während die Massen darauf hinstarren, werden sie hinterrücks nur um so unsichtiger und auswegloser an die Kandare der kapitalistischen Gewalten und der Versailler Mächte genommen. Der Aufruhr gegen Kapitalismus und Versailles will nicht Kampf, sondern nur Demonstration sein; in der Demonstration aber werden die Kräfte der Massen sinnlos verausgabt. Die erschlafften Massen sind alsdann keines Widerstandes mehr fähig; bevor sie es sich versehen, werden sie überwältigt sein. Die nationalsozialistische Antwort auf den Freiheitschrei der Massen ist die Arbeitsdienstplicht, die in Anspruch nimmt, ein Werk ehrenhaften Mannestums zu sein, die aber in der Tat das deutsche Volk in ein Heer von Sklaven verwandelt wird, welche für den Monopolkapitalismus und für Frankreich fronden. Die Sturmabteilungen sind in ihrem ehrlich gemeinten Elan die Keule zur Zerschlagung der Arbeiterorganisationen. Sie ahnen nicht, wie sie

durch ihre Zerstörungsarbeit dem wüßtesten ausbeutungswilligen Kapitalismus freie Hand verschaffen.

„Wohl aber“, sagt Machiavelli an einer Stelle, „behaupte ich von neuem, daß es unumstößlich wahr ist, und die ganze Geschichte bezeugt es, daß die Menschen das Schicksal unterstützen, nicht aber sich ihm widersetzen können.“ Der Erfolg einer Massenbewegung entwickelt sich nicht aus ihr selbst, sondern wird durch die allgemeine Zeitlage, die Zeitendenzen, die beherrschenden Zeitkräfte bestimmt, inmitten deren sie abrollt. Sie vollstreckt, was im Schoße der Umstände herangereift ist. Unter welchen Losungen sie ihre Funktion verrichtet, ist bedeutungslos. Es ist eine Frage des Glücks, ob sie in eine Zeit fällt, in der die Ernte, die sie hereinbringt, zum Segen oder zum Unsegen des Volkes gereicht. Ihr selbst wohnt keine gestaltende Kraft inne; sie verhilft nur Gestaltungen, für welche die Stunde herangekommen ist, zum Licht. Im Grunde weiß eine Massenbewegung selbst nie, was sie tut. Sie ist eine politische Gegebenheit, aber sie macht nicht Politik. Die Politik beginnt erst dort, wo man in ähnlicher Weise über der Massenbewegung steht, wie etwa Bismarck über der Bewegung der Paulskirchenmänner stand. Wer innerhalb ihres Rahmens selbst mit bewegt ist, ist trotz aller Programme blind; die Grenze zum Politischen überschreitet man erst dort, wo man nicht darauf achtet, was sie will, sondern was sie muß. Den Politiker macht nicht, daß er an das Ziel der Massenbewegung glaubt, sondern daß er ihre Funktion ahnt.

Zeitschau

Schleicher

Die Genfer Abrüstungskommission setzte sich über die deutschen Forderungen mißachtend hinweg; bei der Schlußabstimmung fand Deutschland nur die Sowjetunion auf seiner Seite; sogar Italien verweigerte den erhofften Beistand. Deutsche Hoffnungen zerschellten, Illusionen zerflatterten.

Man begreift, daß dem Reichswehrminister die Galle hochkam; in seiner Rundfunkrede erleichterte er sich das Herz. Es war keine Rechbergtonart, in der er mit Frankreich sprach; der Vorwurf „französischer Heuchelei“ war geeignet, den „Geist von Lausanne“ schmerzlich zu kränken.

Freilich blieb die Rede nicht ohne Konsequenzen. Herriot forderte von Hösch Erklärungen, und François

Poncet zeigte sich peinlichst überrascht. Vermutlich wird Frankreich demnächst in der Öffentlichkeit noch deutlicher und gröber werden.

Schleichers Rede ließ erkennen, daß das Papenkabinett trotz bester Absichten bereits dahinter gekommen ist, wie jede Art Franzosenpolitik unvermeidlich in einer Sackgasse endet.

Mit soldatischer Forscherheit floß Schleichers Mund über von dem, wessen sein Herz voll war. Es klang kühn; jeder wünscht, daß nicht nachträglich das Deuteln und Rütteln an den Erklärungen beginnen möge. Man möchte sich den Glauben nicht rauben lassen, daß Schleicher innerhalb des Kabinetts der Mann ist, der kein starkes Wort gebraucht, wenn er nicht vorgesorgt hat, dazu auch stehen zu können.

Österreich

Die Geschichte der Anleihegewährung an Österreich gehört zu den bemerkenswertesten Ereignissen der Gegenwart. Der Kredit, der Österreich eingeräumt wurde, ist an die härtesten politischen Bedingungen gebunden, insbesondere ist er mit einer Verlängerung des Anschlußverbotes verknüpft. Das deutsche Kabinett der nationalen Konzentration verzichtete in Genf auf den Kampf gegen die schamlose Behandlung, die Österreich zugesügt wurde; es enthielt sich der Stimme. Der österreichische Bundeskanzler Dollfuß dankte für die Fußtritte, die er empfangen hatte. Die österreichischen Christlich-Sozialen verhielten sich, als ob sie das Anschlußverbot von manchen Sorgen befreit hätte. Der Fürst Starhemberg hatte plötzlich sein Gefühl für nationale Ehre außer Dienst gestellt. Im Parlament beschimpften Christlich-Soziale unter Beifall ihrer Fraktionsfreunde die deutsche Reichsregierung mit erstaunlicher Hemmungslosigkeit. Man hatte den Eindruck, daß sie für die Gelegenheit dankbar waren, der Zwangsjacke eines pflichtgemäßen Bekenntnisses zum Reich entchlüpfen zu dürfen. Der antipreußische Affekt meldete sich zu Wort; Wien belehrte die Reichsregierung darüber, was eines Tages auch in München möglich ist. Im Grunde verträgt man sich mit Genf und Paris lieber als mit Berlin. Kurzum: Christlich-soziale Österreicher und Starhemberger fangen an, mehr großfranzösisch als großdeutsch zu denken. Die deutschen „Volkspolitiker“ stehen vor einem Problem, daß sie gefälligst nicht umgehen wollen.

Schleier nicht vorhanden

Wir willfahren gerne dem Wunsche des Herrn Grafen Reventlow um Aufnahme der nachstehenden Zeilen. Erlaubt sei hierzu nur die kurze Bemerkung: indem Hitler das Papenkabinett tolerierte, übernahm er in bestimmtem Umfange auch eine Verantwortung für die Papensche Franzosenpolitik. (Die Schriftl.)

In der Juli-Nummer des „Widerstand“ schrieb der Herr Herausgeber zu Beginn des Abschnitt 5 des Leitartikels zur Papenschen Politik:

„Die Rechtspresse hielt still; sie nahm davon Abstand, sich national zu empören. Die nationalsozialistischen Zeitungen verloren alles Interesse an außenpolitischen Dingen; so unempfindlich hatten sie noch nie deutsche Niederlagen auf internationalen Konferenzen eingestekt. Nur der Graf Reventlow lüftete den Schleier der Geheimnisse: ‚Hegen wir eine leise Befürchtung gegenüber der Franzosenfreundlichkeit des Herrn von Pape‘, so schrieb er, ‚so sei andererseits betont, daß die deutsche Außenpolitik ebensowenig in das Zeichen einer gefühlsmäßigen Frankreichfeindschaft gestellt werden darf.‘ Das ist noch nicht der ganze Rechberg, immerhin aber schon ein Stück davon. Wenn Reventlow bereits diese Strecke des Wegs nach Paris zurückgelegt hat, dann ist die Parteileitung gewiß willens, ihn ganz und gar zu Ende zu gehen.“

Ich habe den Herrn Herausgeber gebeten, mir hierzu ein Wort zu gestatten:

In meiner langen schriftstellerischen und politischen Tätigkeit glaube ich einen Beweis ohne Lücke dafür erbracht zu haben, daß ich ein unbedingter Gegner jeglicher Gefühlspolitik bin. Über die Grundrichtung und die Methoden der Politik Frankreichs Deutschland gegenüber bin ich mir immer klar gewesen. In der Gestaltung des Verhältnisses zu Deutschland wird Frankreich sich immer nur der Machtfrage entsprechend verhalten, wobei ich auch an die Macht des Willens bzw. an ihr Fehlen denke. Die Rechbergischen Pläne kenne ich seit ihrer Entstehung, Herr Rechberg hat verschiedentlich versucht, mich dafür zu gewinnen. Ich bin immer Gegner solcher Pläne gewesen. Auf der anderen Seite vertrate ich den Standpunkt, daß man Verhandlungen mit Frankreich niemals a limine abweisen soll, unter Umständen auch

solche suchen soll, wenn Grund vorhanden ist, sich von solchen direkte oder indirekte Vorteile zu versprechen. In diesem Zusammenhang möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß ich seit dem Jahre 1919 ebenso offen und ausdauernd dafür eintrete, daß Deutschland durch Beziehungen von Macht zu Macht mit Rußland sich Rücken und Flanke decken und ein Gegengewicht gegen Umklammerung des Westens schaffen soll. Die Erneuerung der französisch-britischen Entente zeigt vollends, wie brennend diese Notwendigkeit geworden ist. In meiner Wochenschrift „Reichswart“ habe ich diesen Gedanken noch in der dritten Juliwoche dargelegt. Auch nach Osten darf aber keine Gefühlspolitik getrieben werden.

In jenen vom Herrn Herausgeber des „Widerstand“ zitierten Satz aus einem früheren Artikel von mir läßt ich also keinen Schleier der Geheimnisse, sondern sage nur das, was ich stets nach der einen Seite wie nach der anderen positiv wie negativ vertreten habe: keinerlei Gefühlspolitik! Ich war nicht auf dem Wege nach Paris, noch bin ich es, und von einer Politik oder Neigung der Parteileitung der NSDAP. in solchem oder ähnlichem Sinne war nicht die Rede und ist nicht die Rede. Allgemein darf ich hinzufügen: ich halte dafür, daß eine deutsche Außenpolitik angesichts der deutschen Lage nach Möglichkeit Reibungen mit anderen Mächten vermeiden soll, damit tunlichst alle vorhandenen Kräfte wirtschaftlich und sozial auf Regeneration im Inneren vereinigt werden können. So habe ich auch den Ton General Schleichers im Rundfunk gegen Frankreich vom außenpolitischen Gesichtspunkt in diesem Augenblick als unnötig und damit als unrichtig angesehen; hat er innerpolitische Gründe gehabt, die vielleicht an sich zu billigen waren, so ist es eine andere Sache. Mit außenpolitischen Pronuntiamentos hat man in Deutschland seit vierzig Jahren nachgerade wohl genügende Erfahrungen gemacht. Sie sind nur am Platze, wenn man ihren Folgen

und Wirkungen unter allen Umständen gewachsen ist und diese will.

Graf E. Reventlow.

Gelsenkirchen

Es gibt in Deutschland nicht nur eine Geschichte der Korruptionen, sondern auch eine solche der Subventionen. Wenn die Geschichte beider einmal geschrieben ist, wird sich herausstellen, daß beide identisch sind. Sie haben die gleichen Stammlern: das Profitinteresse einer kleinen Clique sogenannter wohlangesehener Staatsbürger und die dummdreiste Hilfsbereitschaft gewisser öffentlicher Stellen. Beide gedeihen prächtig im Parteiensumpf demokratischer Staatswesen, bringen es mit der Zeit zu einer Art öffentlichen Anerkennung und gehören schließlich geradezu zum eisernen Bestand der Demokratie. Selten nur kommt es vor, daß das unbeabsichtigte Mißgeschick der Regisseure den Vorhang so weit lüftet, daß die Hintergründe sichtbar werden. Dann bläst ein Sturm der Entrüstung von den Bänken der Geprellten. Es hagelt Erklärungen und Dementis. Aber schließlich stellt sich heraus, daß jeder jedem so viel vorzuwerfen hätte, jeder von jedem so viel weiß, daß es besser ist, zu schweigen.

Neulich erst hat wieder ein Fall die Öffentlichkeit in jene Erregung versetzt, von der der Eingeweihte weiß, daß sie nicht lange anhalten wird. Es war der Fall Gelsenkirchen.

Als im vorigen Jahre die ersten Alarmnachrichten über den Stahlverein in der Presse auftauchten, wurde der Name Friedrich Flick erst einer größeren Öffentlichkeit bekannt. Die Namen der Großindustriellen kennt jeder. Die Namen der Großspekulanten dagegen nur wenige, und wenn nicht irgendein Skandal sie in aller Mund bringt, bleiben sie nicht selten verborgen vom Anbeginn ihrer Laufbahn bis zum Untergang. Das ist ihr freiwillig erwähltes Schicksal, hinter dem sich ein tiefer Sinn verbirgt.

Friedrich Flick erwarb vor zwei Jahren etwa ein größeres Aktienpaket Selsenkirchener, mit der Absicht, damit seinen Einfluß auf den Stahlverein zu vervollständigen. Er erwarb dieses Aktienpaket mit gepumptem Auslandsgeld, mit einer Dollaranleihe von etwa 70 Millionen; für den Rest nahm er deutsche Banken in Anspruch. Er ging damit eine jener privaten Auslandsschuldverpflichtungen ein, die auch Herr Hitler bezahlen will. Niemand versteht also die Aufregung, als Herr Dietrich jetzt schon tat, was Herr Hitler vielleicht später tun wollte.

Herrn Flick ist, wie man hört, seine Absicht, auf den Stahlverein unbeschränkten Einfluß zu gewinnen, nicht ganz geglückt. Seine rücksichtslose Dividendenpolitik, die er jahrelang dem Stahlverein aufgezwungen hatte, war dem Unternehmen nicht vorteilhaft bekommen, und die übrigen Aktionäre widersetzten sich schließlich der Fortsetzung eines Abenteuers, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein konnte. Herr Flick dachte nicht daran, an aussichtslose Bemühungen unnötiges Geld zu wenden. Verlustengagements sind keines Spekulantens Freude. Und da er mit sich übereingekommen war, fürderhin diese Kreditkosten zu sparen, machte er sich daran, das Paket abzustößen, bestmöglich natürlich. Es handelte sich um ein Paket im Umfang von 110 Millionen Aktien, nicht mehr und nicht weniger.

Bei der gegenwärtigen Lage auf dem Geldmarkt würde es wohl schwer gehalten haben, einen privaten Abnehmer zu finden. Abgesehen davon war schon zuviel Negatives über Herrn Flick bekanntgeworden, als daß ihn ein anderer Spekulant, ohne daß man ihm Selbstmordabsichten hätte nachsagen können, sanieren mochte. Zwar waren die Aktien billig zu haben. Sie standen knapp über 20, ein Fünftel des Nominalwertes. Aber wie gesagt, es meldete sich niemand. Da war guter Rat teuer. Aber Flick mußte nicht er selbst, Friedrich Flick, gewesen sein, wenn ihm nicht zu guter Stunde ein Einfall gekommen wäre. Ein ver-

dammt guter Einfall übrigens. Andere hatten ihn zwar schon vor ihm gehabt. Aber der Einfall allein tut's nicht. Es kommt darauf an, was man aus ihm zu machen versteht.

Herr Flick hatte einmal etwas von Subventionen gehört. Subventionen sind die Wohlfahrt für die oberen Zehntausend. Es soll da Leute gegeben haben, die mit ihren Sorgen auch alle ihre lästigen Verpflichtungen losgeworden und denen die Kur ganz vorzüglich bekam. Einzelne waren es zunächst nur, vorausschauende Einzelne, die von dieser ungewöhnlichen Möglichkeit Gebrauch machten. Mit der Zeit wurden es immer mehr, die vor der Liquidierung des Wohlfahrtsstaates noch etwas abbekommen wollten. Schließlich war in den Ministerien ein unbeschreibliches Gedränge, bar aller frommen Zucht und Scham. Nicht Krefi und Plefi traf man dort, sondern die besten Namen des Landes.

Jede Wohlfahrt bedarf einer Begründung. Die Bedürftigkeit muß geprüft werden. Und da zeigte sich erst, wie erfindertisch ein weltgewandtes Gehirn sein kann. Der Begründungen war Legion. Wo sich Schwierigkeiten in den Weg stellten, wurden sie mit allen Notstandregistern über den Haufen gewalzt. Böllige Einstellung des Betriebes, Arbeiterentlassungen, unermidliche Pleite, Überfremdungsgefahr, ja selbst Drohungen mit Selbstmord wurden ins Treffen geführt. Notfalls schickte man die Arbeiter selbst vor. Zu was entsandte das Betriebsrätegesetz Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat? Jetzt waren diese blinden Heinen doch auch noch zu was gut. Man mußte sie nur richtig ansehen, dann würden sie schon ein Korn finden. Mit der Zeit waren die Behörden so wohl erzogen und auf ihre Rolle eingespielt, daß man einfach Telegramme losließ: „Überweist sofort soundsoviel Mark, sonst Zahlungseinstellung unermidlich.“

Man wird sich fragen, wie kamen alle diese Leute, in Zivil die unversöhnlichsten Gegner „der öffentlichen Hand“, die lautesten Verfechter der Befreiung

der Wirtschaft von allen staatlichen Bindungen, dazu, ihr privates Händchen unbedenklich hinzuhalten, wenn die öffentliche Hand ihren Almosenregen austeilte? Man wird vielleicht einen Widerspruch darin finden. Mit nichten. Es ist alles vollkommen in Ordnung. Seit Jahren spielen die öffentlichen Stellen mit einem luftballonähnlichen Spielzeug, welches sich in weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft großer Beliebtheit erfreut und unter dem Namen „Sozialisierung“ bekannt ist. Aus der Gebrauchsanweisung, die von einem gewissen Karl Marx verfaßt, auf dem Schachteldeckel zu lesen ist, ist zu entnehmen, daß damit die Überführung der Produktionsmittel aus dem Privat- in den Staatsbesitz gemeint ist. Aber der Schachtelinhalt hat sich offenbar mit der Zeit verändert. Er ist kaum mehr zu erkennen.

Das liegt daran, daß dieser Staat gar nicht sozialisieren könnte, auch wenn er wollte. Er ist nämlich gar kein Staat. Er gibt sich nur für einen solchen aus, und die Leute glauben es ihm. Er ist nur ein aufgeblasener Mächteger, mit allen Zeichen eines vollendeten Schwächlings, dem man es gerne nachsieht, daß er überall den Starcken spielen möchte. Wenn man ihm nun einen Brocken Profit vors Maul hält und sagt: da, hier ist eine Gelegenheit, mich zu schnappen, sozialisiere mich doch — so greift er allsogleich zu und merkt in seinem Eifer gar nicht, daß nicht er sozialisiert, sondern daß er verprivatisiert wird. Wer möchte also irgendeinem Ehrenmanne einen Vorwurf daraus machen, wenn er die öffentliche Hand an ihrer eigenen Dummheit hinters Licht führt.

Die Großbanken erkannten zuerst, welche verführerischen Möglichkeiten sich hier boten. Von den Großbanken lernte es die Großindustrie, kleinere Werke folgten, und bei dem allgemeinen Nachahmungstrieb wird bald kein Unternehmen mehr sein, das von dem verlockenden Angebot keinen Gebrauch machen möchte. Dem Staate aber bietet sich hier eine nie wiederkehrende

Gelegenheit, sein überflüssiges Geld loszuwerden. Mit der Zeit könnte das sogar zu der sog. „risikolosen Wirtschaft“ führen, d. h. der Staat übernimmt die Verluste, die Profite bleiben, wo sie bisher waren.

Herrn Flick kam also der Gedanke, es einmal auf diesem nicht mehr ungewöhnlichen Wege zu versuchen. Er streckte seine Fühler aus und sorgte vor allem für Gerüchte — und siehe, er fand ein williges Ohr in der Person eines sehr mächtigen Mannes, des Herrn Finanzministers Dietrich. Aber wie, wenn Dietrich auf den boshaften Gedanken kommen sollte, ihm seine Aktien zum Kurswert (etwas über 20) abzunehmen? Nicht auszudenken. Wenn schon — denn schon. Es wurde also vorbereitend ein kleines Börsenmanöver entriert mit dem Erfolge, daß die Aktien stiegen, und zwar auf 40, das war immerhin das Doppelte. Aber dann blieben sie stecken. Verdammst nochmal!

Jetzt mußte das böse Ausland auf den Plan treten. Herr Flick, hörte man, bekam Angebot über Angebot, und riesenhaft wuchs die Gefahr, daß das Ausland den Flickschen Besitz gierig mit Haut und Haar verschlingen würde. Es ist genügend bekannt, daß einem deutschen Wirtschaftsführer nichts fürchterlicher ist als die Gefahr der Überfremdung. Das hat noch keiner überlebt, auch Opel nicht. Und die Kunde von dieser Gefahr träufelte nun auf tausend Wegen ins Ohr der Reichsregierung. Das Ausland zwar dementierte mehrfach. Man habe nie und niemals daran gedacht, das Flicksche Aktienpaket zu erwerben. Wie dem auch sei, mehr als 40 hätte es bestimmt nie dafür bezahlt. Auch im Auslande rechnet man, und zu verschenken hat man auch dort nichts. Das ist in Deutschland anders. Abgesehen davon, daß der Staat es hat und auch leichter entbehren kann, ist er bereit, bei Vorliegen besonderer Verhältnisse auch einmal mehr zu tun, als gemeinhin von ihm erwartet wird. Ein altes deutsches Sprichwort sagt schon: ein Lump gibt mehr, als er hat.

Und so geschah es, daß die Reichsregierung sich diese einzigartige Gelegenheit zu einem prima-prima Geschäft nicht entgehen ließ und clamorheimlich, gerade noch, ehe die Türe hinter ihr zufiel, das fragliche Aktienpaket von 110 Millionen Nominal, Kurswert 22 Millionen, fiktiver Börsenwert 44 Millionen, in großherziger Weise zum Kurs von 90 für die Kleinigkeit von rund 100 Millionen erwarb.

Herr Flick wird aufgeatmet haben, als das ganze unter Dach und Fach war. Wir können es ihm nachfühlen. Es ging bei dem raschen Sturze des Kabinetts zum Schluß tatsächlich um die Wurst, und Herr Dietrich hätte das Geschäft ungern seinem Amtsnachfolger überlassen. Warum, weiß ich nicht.

Wir wissen auch nicht, welche Veranlassung dazu vorlag, so geheimnisvoll vorzugehen und erst Farbe zu bekennen, als alle Verschleierungsversuche nichts mehr halfen. In seiner Heidelberger Rede erläuterte Herr Dietrich die Transaktion dahin, daß es zu den Grundgedanken seiner Politik als Finanzminister gehört habe: „die babylonischen Turmbauten der monopolisierten Betriebe in einer möglichst unschädlichen Form zu liquidieren“. Das ist die Philosophie eines Mannes, der zu schieben glaubt, indem er geschoben wird. Oder hat er sich versprochen und sagen wollen, daß die babylonischen Turmbauten der Monopole den Staat liquidieren, indem sie seinen Haushalt korrumpieren?

Man hat auch zur Beruhigung privatwirtschaftlicher Gewissen angedeutet, daß es sich nur um eine vorübergehende Aushilfe des Reiches handeln könne, und daß über kurz oder lang eine „Reprivatisierung“ stattfinden würde. Das ist sehr wohl möglich. Es muß für einen Spekulanten geradezu reizvoll sein, ein Aktienpaket, das er vorher um einen vielfach überhöhten Preis einem deutschen Finanzminister andrehet, eines Tages mit dem doppelten Gewinn billig zurückzukaufen. Es lockt wirklich zu einem solchen Unterfangen.

Auch ist die Andeutung gefallen,

Dietrich habe sich zu diesem Geschäft entschlossen, um die Sanierungsbilanzen der Dresdner Danabank, die das Hauptkreditinteresse an dem Flickschen Paket hatte, entsprechend zu entlasten. Damit soll der phantastische Preis erklärt werden, der bezahlt wurde. Und wenn man in Betracht zieht, daß man auf diese Weise fertig gebracht hätte, nicht nur einer Großbank lästige Engagements abzunehmen, sondern gleichzeitig damit auch eine fromme Stiftung zugunsten der Schuldentilgung einer Bergwerksgesellschaft zu tätigen und, last not least — auch noch einen Großspekulanten flottzumachen, dann allerdings erschiene der Preis durchaus angemessen.

Damit soll das „nationalpolitische Interesse“ belegt werden. Aber vielleicht wäre es nationalpolitischer gewesen, dem bedürftigen Herrn Flick zu raten, zur Abdeckung seiner Kreditverluste erst mal seinen sonstigen sehr weitverzweigten Besitz an anderen Unternehmungen zu veräußern. Aber eine solche Zumutung lag der Reichsregierung freilich ferne. Sie hätte es niemals übers Herz gebracht, einen Wirtschaftsführer vom Formate Flicks in der Tinte sitzen zu lassen. Es erschien ihr das geringere Übel, das sauer verdiente Geld ihrer Steuerzahler zum Fenster hinauszurwerfen, als Herrn Flick vor die Hunde gehen zu lassen, wohin er von Rechts wegen gehört. Pitt.

Streiflichter

Der Reichskommissar für Preußen, v. Papen, hat bisher noch nicht die Frage klargestellt, ob seine Reichsreform das echte Preußen nicht ebenso zerstört, wie Zentrum und Sozialdemokratie seit je schon Preußen hatten zerstören wollen.

*

Den Parteien war vor den Wahlen für je eine Rede der Rundfunk freigegeben worden. Die Kanonen traten vor das Volk. Der Eindruck war erschütternd. Der Unterschied lag nur

darin, daß der eine Redner sich mehr durch hohle Worte, der andere durch falsche Gefühle, der dritte durch echte Banalitäten auszeichnete. Vielleicht war der Zensor nicht ganz unschuldig daran: wenn man indes von Staatsdingen spricht, sollte man es doch nicht als Feld-, Wald- und Wiesenprediger tun.

Das Unglück der „Niobe“ traf die gesamte Nation. In den allgemeinen Schmerz tönten lediglich etwas peinlich die aufdringlichen Versicherungen herein, daß es keinen Schuldigen an dem verhängnisvollen Ereignis gebe. Wenn man hier weniger eifertig gewesen wäre, hätten sich wahrscheinlich weniger Zweifel geregt.

*

Inhaltsverzeichnis

Josef Drexel: Souvenir de Lausanne	225
Spektator: Liquidation des 9. November?	236
Dr. Erich Müller: Graf Brockdorff-Rantzau	243
Nikolaus Götz: Massenbewegung	247

Zeitschau:

Schleicher. — Österreich. — Schleier nicht vorhanden. — Gelsenkirchen. — Streiflichter.

Mitteilungen

Die Widerstandstagung 1932 findet vom 9. bis 11. September in Schwarzburg/Thür. statt. Die Mitglieder der Widerstandskreise, Widerstandsgruppen und Kameradschaften, welche beabsichtigen, an der Tagung teilzunehmen, wollen ihre Anmeldung alsbald an folgende Adresse richten:

Verlag „Das Dritte Reich“, Nürnberg 23, Fach 3.

Ferner wollen sie sogleich die Tagungsgebühr in der Höhe von RM. 1,— auf das Konto Ernst Niekisch, Berlin 72 731 einbezahlen.

Im Laufe des August werden den Angemeldeten das Einladungsschreiben, die Tagesordnung, die Teilnehmervorteilskarte und die übrigen notwendigen Mitteilungen zugehen.

Zugelassen werden auch Leser und Freunde des „Widerstand“ bzw. des „Dritten Reiches“. Sie haben sich bei der Schriftleitung des „Widerstandes“ anzumelden. Die Tagungsgebühr beträgt für sie mindestens RM. 3,—. Leistungsfähige Freunde der Widerstandsbewegung werden gebeten, nach Maßgabe ihres Vermögens größere Beträge zu spenden, damit bedürftigen Kameraden Fahrtkostenzuschüsse gewährt werden können.

Die Unterbringung findet feldmäßig entweder in Zelten oder in der Jugendherberge statt. Die Preise für die Unterkunft in der Jugendherberge betragen für jede Nacht:

- a) für Kameraden über 20 Jahre RM. —,60;
- b) für Kameraden unter 20 Jahre RM. —,30;
- c) für erwerbslose Kameraden RM. —,15.

Schlafsäcke, sowie verfügbare Zelte sind mitzubringen.

Die Verpflegung wird von der Tagungsleitung in die eigene Hand genommen; es werden nur die Selbstkosten in Anrechnung gebracht.

Gäste, die Hotelunterkunft wünschen, mögen sich selbst mit der Kurverwaltung Schwarzburg ins Benehmen setzen.

Für die Schriftleitung verantwortlich: J. V. Dr. J. Drexel, Nürnberg, für den Versand verantwortlich: Anna Niekisch, Berlin SW 11, Hallesches Ufer 16 — Konto: Widerstands-Verlag, Berlin 590 36 — Fernruf: Bergmann 8096 — Konto für Österreich: Postsparkasse Wien, C 98 501 — Verlag: Widerstands-Verlag Anna Niekisch, Berlin SW 11. — Druck von Oscar Brandstetter in Leipzig.

Bücher

Paul Krannhals, Das organische Weltbild. 2 Bände. Preis RM. 20.—. F. Bruckmann Akt.-Ges., Verlag, München.

Der organische Gedanke ist Grundbesitz jeder konservativen Anschauung. Er wird in Deutschland als eigentlich deutscher Gedanke gegen das mechanistisch-rationale Weltbild des Westens ausgespielt. Weitgehend geschieht das mit Recht. Freilich birgt der organische Gedanke eine Gefahr in sich: unstaatliche, unpolitische Instinkte finden in ihm eine bestickende Bemäntelung, um sich zu legitimieren. In der Art etwa, wie sich die meisten Anhänger des organischen Gedankens gegen Preußen wenden, kommt doch nur die Abwehrstellung gegen das Staatliche an sich zur Darstellung.

Vom Boden der organischen Idee aus entwickelt Krannhals sein Weltbild. Es ist nicht von ungefähr, daß im Mittelpunkt dieses Weltbildes das kulturelle Lebensbereich steht. Der organische Gedanke hat eine naturgemäße Neigung zum Kulturellen.

Der Versuch, der hier gemacht wird, den Ganzheitsgedanken auch in Hinsicht auf die politischen und wirtschaftlichen Probleme durchzuführen, ist fruchtbar und lohnend. Das deutsche Dasein so konsequent unter den Gedanken des Organischen zu stellen, ist eine notwendige Leistung. Bei alledem tritt freilich doch auch jene Grenze des organischen Denkens in Erscheinung: daß auf Grund von Deutschlands Mittel Lage die organischen politischen Wege Deutschland nicht zu staatlicher Größe gelangen lassen.

Unser Reichsheer. Miniatur-Bibliothek. 400—02 a b.

Eine sehr instruktiv knappe Übersicht über Aufgaben, Organisation, Bekleidung, Ausrüstung, Stammtruppenteile von einem aktiven Offizier bearbeitet.

Luther. Von den Juden und ihren Lügen. Ludendorffs Volkswarte-Verlag, München. RM. 1.—.

L. Parisius gibt hier gekürzt eine Schrift Luthers heraus, die dieser 1542 veröffentlichte. Sie zeigt den Reformatoren im Ingrimm und Jorn gegen das jüdische Wesen. „Sie fluchen uns Goizen und wünschen uns in ihren Schulen und Gebeten alles Unglück.“ „Darum immer weg mit ihnen.“ Luther bringt Gesichtspunkte,

die heute auch immer wieder Ludendorff hervorkehrt. Die Schrift ist wichtig und auch protestantischen Theologen ans Herz zu legen.

Gräfin Salburg, Deutsches Bilderbuch der Zeit. Koehler & Amelang, Leipzig.

Ein Skizzenbuch, Rückstand mancherlei Wanderungen.

Von Land und Leuten aus den deutschen Grenzgebieten berichtet es mit knappen, kurzen Zügen. Persönlichkeiten kreuzen den Weg: Ludendorff, Hindenburg, Hitler. Eine verhaltene Stimmung gibt den Schilderungen einen anziehenden Reiz. Schicksale, Zustände, Situationen werden wieder lebendig.

Franz Seldte, Vor und hinter den Kulissen. K. F. Koehler, Leipzig. Preis: RM. 3.60 und 4.80.

Seldte schließt mit diesem Buch sein dreibändiges Kriegswerk ab. Es verbleibt in Seldtes frisch drauflos gehender Art. Der Oberleutnant Stahl ist ein Frontoffizier, wie Deutschland ihrer so viele besaß: sie haben Pflichtgefühl in den Knochen und leisten ihr Bestes. Es gehört sich für sie, am Stammtisch zu erzählen, wie es im Felde war. Wenn man dann so munter von der Leber wegredeht: nun, dann findet man auch laufende Ohren.

Dr. Rüdiger Graf von der Goltz, Tribut — Justiz. Brunnen-Verlag. RM. 3.— und 4.80.

Es ist von uns schon mehr als einmal herausgearbeitet worden, wie Weimar zu Versailles gehört und wie der Weimarer Staatsapparat letzten Endes durch sein Funktionieren zur Durchführung der Versailler Ordnung beiträgt. Auf dem Gebiete der Rechtspflege unternimmt hier der Rechtsanwalt von der Goltz zu zeigen, wie der gesamte Justizapparat auf Grund des Zusammenhanges der Dinge ein Instrument wird, den Willen der Versailler Siegermächte gegen das deutsche Volk durchzusetzen. Der Versuch von der Goltz ist geglückt. Wir haben schon einmal das Privateigentum in seiner Eigenschaft als Tributessel gekennzeichnet. So werden auch andere Rechtsinstitutionen zu Ketten, durch welche das deutsche Volk gebunden wird. Die Wirkung des Buches, seine Beispiele, seine Argumentationen sind schließlich überzeugend und, für Deutsche, erschütternd.



Widerstands-Verlag / Berlin SW 11

Goeben erschien:

Otto Petras

Luther und wir

Vortrag gehalten auf der Salzburger Tagung des Lannenbergbundes

I.—3. Tausend. Preis kartoniert RM. 0.70

Daß dies Thema: „Luther und wir“ brennender ist als irgendein anderes, steht außer Zweifel. Der Vortrag hatte in Salzburg größten Erfolg gehabt. Der Verfasser der wirkungsvollen Schrift „Der deutsche Protestantismus auf dem Wege nach Rom“ wendet sich auch hier als starker Mahner an das protestantische Gewissen.



Widerstands-Verlag / Berlin SW 11

Die Flamen stehen im heftigsten Kampf um ihre Freiheit.

In dieser Zeit muß man zu dem Buche greifen:

August Borms

Zehn Jahre im belgischen Kerker

Mit Rötzelzeichnungen von A. Paul Weber

Preis: Halbleinen RM. 5.85; kartoniert RM. 4.50

Dies Buch gehört insbesondere in die Hände der politisierten Jungmannschaft.

....., den.....

Ich bestelle hiermit Stück der wöchentlich
erscheinenden Zeitung

„ENTSCHEIDUNG“

Erscheinungsort Berlin.

vom 1..... 193..... ab

monatlich *RM* —.60, 8 Pfg. Zustellgebühr.

(Die Zeitung ist im 12. Nachtrag der Zeitungspreisliste vom 9. Sept. 1932 aufgeführt.)

.....

.....

Auf Vorderseite Postanstalt einsetzen. Mit 6 Pfg. frankieren, wenn auswärtige P.A.
in Frage kommt — sonst portofrei.

An das

**Portofrei
nur im
Orts-
verkehr!**

Nach auswärts

6 Pfg.

s. üben.

POSTAMT

Zeitungssache!

Zeitungsstelle